



INSTITUTIONEN

STÄRKEN

ZUSAMMENHALT II

Impressum

Die Publikation wird herausgegeben im Auftrag des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e. V.
Umsetzung durch die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.
Bonn, Oktober 2024

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,
Heussallee 18–24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax.: 0228/73-62988

eMail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

X: <https://x.com/BonnerAkademie>

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/bappbonn/>

Instagram: https://www.instagram.com/bonner_akademie/

Redaktion

Prof. Dr. Stefan Brüggemann (Vi.S.d.P.)

Hannah Scharrenberg

Jill Marie Plascher

Tim Philipp Hable

Frauke Nahrendorf

Layout und Satz

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

INHALT

Vorwort

Stefan Brüggemann	4
-------------------------	---

Ein Blick auf und in verschiedene Institutionen

75 Jahre Deutscher Bundestag

Zusammenhalt und Sicherheit im Parlament

Bärbel Bas MdB	6
----------------------	---

Der Hundertjährige, der von der Insel kam

Jochen Trum	12
-------------------	----

Von der Gemeinschaft getragen

Das Ehrenamt als Fundament für sozialen Zusammenhalt

Sabine Lackner	21
----------------------	----

Über Generationen und Kulturen hinweg

Austausch und Begegnung im Mehrgenerationenhaus Bochum

Interview mit Ayse Ertürk	29
---------------------------------	----

Next Level

Gaming als kreatives Miteinander

Interview mit Christian Esch	38
------------------------------------	----

Im Einsatz für die Gemeinschaft

Feuerwehr und Katastrophenschutz als Akteure der Zivilgesellschaft

Interview mit Jörg Spors	45
--------------------------------	----

Jobcenterberatung vor Ort

Das QuartiersBüro Rotthausen schafft neue Perspektiven

Projektteam	55
-------------------	----

Ein Blick ins Projekt

Veranstaltungsimpressionen

Projektteam	61
-------------------	----



Stefan Brüggemann

In postdemokratischen Zeiten, wie sie der Politikwissenschaftler Colin Crouch beschreibt, steht es schlecht um die Institutionen der Demokratie. Von innen, mit Blick auf ihren eigentlichen Sinn, wirken sie längst entleert. Scheinbar allgegenwärtige Politikverdrossenheit lassen die einstigen Hauptakteure unserer Demokratie, auch die unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, bisweilen wie Relikte längst vergangener Zeiten erscheinen.

Der kontinuierliche Mitgliederschwund nahezu aller Parteien in Deutschland, ihre immer geringere Bindekraft von Wählerinnen und Wählern und die insgesamt schwächer werdende Wahlbeteiligung befeuern den Abgesang auf die Parteiendemokratie und entfachen Diskussionen darüber, ob es überhaupt noch „Volksparteien“ gibt. Nicht viel anders sieht es in der einst so breit gefächerten Medienlandschaft aus – besonders im Bereich der Printmedien. Schon lange sind regionale Tageszeitungen nicht mehr der wichtigste Informationskanal. Jüngere Menschen und auch Personengruppen mittleren Alters werden durch Tageszeitungen ebenso wenig erreicht wie durch „lineares“ Fernsehen.

Die Institutionen des Staates leiden in gleicher Weise. Debatten des Bundestages finden keinen Anklang – maximal kleine Ausschnitte, die besonders hitzig, witzig

oder skurril erscheinen, schaffen es auf die Social-Media-Kanäle, um von dort aus für ein paar Momente des Lachens, der Empörung oder eben des allgemeinen Kopfschüttelns zu sorgen. Von Europa und seinen Institutionen ganz zu schweigen. Regelmäßig muss die Wahl zum Europäischen Parlament als Schicksalsentscheidung kommuniziert werden, um wenigstens ein akzeptables Maß an Wahlbeteiligung zu erreichen.

Aber auch die größten Kritiker, die lautesten Populisten und die frustriertesten Nichtwähler haben institutionell gesehen nichts Besseres zu bieten: Zur Europawahl traten allein in Deutschland drei neue Parteien an und Mitglieder der radikalen



Prof. Dr. Stefan Brüggemann

ist Geschäftsführer der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH und Honorarprofessor im Fachbereich Sozialpolitik und Soziale Sicherung an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

Protestgruppe der „Letzten Generation“ wollten nun erstmals politische Mandate anstreben. Parteien sind also noch immer eine entscheidende Institution zur Rekrutierung politischen Spitzenpersonals und zur Umsetzung politischer Ziele. Die Debatten im Bundestag sind nach wie vor Ausgangs- und Endpunkt des legislativen Prozesses – auch wenn sie nur ausschnittsweise rezipiert werden.

Vor allem aber ist „der Staat“ auch weiterhin Retter in der Not. Wenn es brennt, ein Unwetter Zerstörung oder Überschwemmung bringt oder in sozialen Fragen ist auf die engagierten Männer und Frauen der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerkes sowie in der Jugend- und Altenhilfe Verlass. Was sich nur wenige klar machen: das alles läuft ehrenamtlich.

Das Diktum Böckenfördes, wonach der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann, – es gilt weiterhin und wird ebenso weiterhin erfüllt. Natürlich geschieht all dies nicht mühelos. Nachwuchssorgen, mangelndes Interesse und kleiner werdende Budgets plagen alle Institutionen gleichermaßen. Aber die nachfolgenden Beiträge zeigen die Schlagkraft noch immer großer Institutionen und wie viel die Kreativität und vor allem das „unbezahlbare“ Engagement einiger – aller Abgesänge zum Trotz – bewirken kann. Dies deutlich zu machen und vielen Anderen ein Vorbild für Engagement zu sein, ist Ziel des Projekts „Institutionen stärken Zusammenhalt“, das die Bonner Akademie mit Unterstützung der Brost Akademie umsetzt und das sich konkret in den nachfolgenden Beiträgen präsentiert.

Hier finden Sie unter anderem einen ermutigenden Beitrag zur „wehrhaften Demokratie“ von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas. Über das Jubiläum von 75 Jahren des Deutschen Bundestages hinaus wirft sie einen Blick über den Tellerrand und betrachtet, inwiefern die „Würde des Hauses“ heute noch in den Plenardebatten gepflegt wird.

Der Journalist Jochen Trum bespricht die Rolle der Institution Medien für die Demokratie, die Herausforderungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die besondere Scharnierfunktion des Lokaljour-

nalismus, um Vertrauen in Institutionen zu schaffen und zu erhalten.

Dr. Christian Esch demonstriert, wie neue Ideen Kultur und Gesellschaft beleben – und zwar durch Gaming. Er diskutiert dabei ebenso die wachsende wirtschaftliche Bedeutung der Games-Branche, das Computerspiel als „Kulturgut“ und die Chance damit auch politische Bildung betreiben zu können.

Dann sind da noch die „Blaulicht-Institutionen“, die ohne Zweifel kernstaatliche Aufgaben wie Katastrophen- und Unfallhilfe leisten, während sie zugleich ihrem Auftrag nicht ohne die Einbindung ehrenamtlicher Helfer nachkommen könnten. Die Präsidentin des Technischen Hilfswerkes (THW), Sabine Lackner, weist unter anderem auf das immer größer werdende Aufgabenspektrum des Hilfswerkes hin. Jörg Spors von der Feuerwehr Essen schildert die technischen und gesellschaftlichen Herausforderungen und spart dabei auch nicht kritische Themen wie die zunehmende Aggressivität gegenüber Einsatzkräften aus.

Dass ehrenamtliches Engagement auch über Generationen und Kulturen hinweg zusammenschweißen kann, zeigt Ayse Ertürk vom Mehrgenerationenhaus Bochum. Hier wird deutlich, dass „Institutionen“ dann am meisten bewirken, wenn sie durch Menschen für Menschen konkret erfahrbar werden.

Die gesellschaftliche Bedeutung des Jobcenters wird vom Projektteam genauer beleuchtet: Wie können staatliche Einrichtungen die „Entkoppelten“ einbinden? Dies und mehr finden Sie auf den folgenden Seiten.

Viel Freude beim Lesen!



75 Jahre Deutscher Bundestag

Zusammenhalt und Sicherheit im Parlament

Bärbel Bas MdB

Am 7. September dieses Jahres feiern wir 75 Jahre Deutscher Bundestag. Aus diesem Anlass blicken wir auch auf viele leidenschaftliche Debatten zurück: zum Beispiel zur Westintegration und Wiederbewaffnung, zu den Ostverträgen und Notstandsgesetzen, dem NATO-Doppelbeschluss, dem Atomausstieg, der Euro-Rettung und nicht zuletzt zur Deutschen Einheit mit der Bonn-Berlin-Debatte als Höhepunkt.

Was die Menschen im Land bewegt, muss im Parlament aufgegriffen – und vor der Öffentlichkeit verhandelt werden. Ich bin überzeugt: Das trägt zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei.

Umgekehrt lebt unsere Demokratie davon, dass die Menschen sich für die Arbeit des Deutschen Bundestages interessieren. Zentrale Bedeutung kommt dabei der Plenardebatte zu: Sie dient vor allem der Information der Bürgerinnen und Bürger. Im Plenum sprechen die Abgeordneten nicht in erster Linie zu ihren Kolleginnen und Kollegen, um diese mit guten Argumenten

vom eigenen Standpunkt zu überzeugen. Sie sprechen zu den Menschen und erläutern – stark komprimiert – die wichtigsten Überlegungen eines Entscheidungsprozesses. Darum appelliere ich an die Abgeordneten, sich trotz der Komplexität auf das Wesentliche zu beschränken und dabei eine möglichst bürgernahe, klare Sprache zu benutzen.

Mindestens ebenso wichtig ist gegenseitige Achtung. Im Parlament müssen die unterschiedlichen Standpunkte, Interessen und Wertvorstellungen deutlich werden. Es soll und muss dabei in der Sache hart gestritten werden, aber die Debatte muss von Fairness und Respekt gegenüber dem politischen Gegner getragen sein.

Das ist gemeint, wenn von der „Würde des Hauses“ die Rede ist. Darin drückt sich der Respekt vor demokratischen Prozessen aus – und vor der Demokratie als solcher. Darum ist es mir so wichtig, dass wir in den Debatten fair und wertschätzend miteinander umgehen.

In den 75 Jahren seines Bestehens hat sich der Deutsche Bundestag ganz überwiegend durch eine konstruktive Debatte

tenkultur ausgezeichnet. Diese lebt von ungeschriebenen Regeln und einem Grundvertrauen der Abgeordneten untereinander. Auch hierin liegt ein wichtiger Grund für die machtvolle Rolle des Parlaments im Verhältnis zu den anderen Verfassungsorganen.

Manchmal sind in den vergangenen 75 Jahren Grenzen des Anstands überschritten worden, insbesondere in den Anfangsjahren der Bundesrepublik. Doch die Institution Deutscher Bundestag hat sich als robust erwiesen. Die Abgeordneten haben regelmäßig zu einem kooperativen Miteinander und vor allem zu gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung zurückgefunden.

Seit einigen Jahren erleben wir aber, dass der Ton im Deutschen Bundestag rauer wird. Einige ungeschriebene Regeln werden in Frage gestellt. Zu oft greift eine feindselige Sprache um sich, wird gehässig gelacht, werden auffällig oft Kolleginnen persönlich beschimpft und beleidigt. Es geht in diesen Fällen nicht mehr um Kritik, sondern um Verächtlichmachung des politischen Gegners und nicht selten der ganzen Institution.

Darin spiegelt sich eine zunehmende Unversöhnlichkeit wider, mit der auch viele gesellschaftliche Debatten geführt werden. Das hat nicht nur, aber viel mit den sozialen Medien zu tun. Dort bestimmen Skandalisierungen, Fake News oder Feindbilder die Kommunikation. Es geht um Algorithmen, Klicks, Filterblasen und nicht zuletzt um Emotionen. Das befördert extreme Positionen, während die Meinung der meisten Bürgerinnen und Bür-

ger in diesen oft virtuellen Diskursen nur am Rande vorkommt.

„Ich beobachte, dass die Logik der sozialen Medien auch die Debattenkultur des Bundestags zu prägen beginnt.“

Ich beobachte, dass die Logik der sozialen Medien auch die Debattenkultur des Bundestags zu prägen beginnt. Reden werden gezielt auf einzelne Pointen fokussiert, die dann auf einschlägigen Online-Plattformen vermarktet werden. Abgeordnete inszenieren Provokationen, um sich damit im Netz zu feiern. Der Charakter der parlamentarischen Debatte wird dabei völlig verzerrt.

Zu meinen Aufgaben als Bundestagspräsidentin gehört es, die „Würde des Hauses“ zu wahren. Dafür stellt die Geschäftsordnung mir – und den anderen Präsidiumsmitgliedern – verschiedene Instrumente zur Verfügung. Das bekannteste Instrument ist der Ordnungsruf. Die Statistik zeigt hier einen besorgniserregenden



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas

ist seit 2009 Mitglied und seit 2021 Präsidentin des Deutschen Bundestages. Zuvor war die Krankenkassenbetriebswirtin und Personalmanagement-Ökonomin von 2019 bis 2021 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Gesundheit, Bildung und Forschung sowie Petitionen.

Foto: Deutscher Bundestag/Tobias Koch

Trend. Zur Halbzeit der aktuellen Wahlperiode hatte es bereits mehr Ordnungsrufe gegeben als in der gesamten Wahlperiode zuvor.

Die Statistik weist eine auffällige Häufung von Ordnungsrufen bei Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion auf. Verstöße gegen die Würde des Hauses gibt es aber

quer durch die Fraktionsreihen des Deutschen Bundestags. Alle Fraktionen sind deshalb gefordert, dem Verfall der Debatte-
tenkultur entgegenzutreten. So groß die Versuchung ist: Abgeordnete dürfen Beschimpfungen nicht mit gleicher Münze heimzahlen. Es gilt aus der rhetorischen Eskalationsspirale auszubrechen. Die angemessene Antwort auf Provokationen muss die bewusste Versachlichung der Debatte sein. Nur so verhindern wir, dass der kalkulierte Tabubruch zum üblichen Mittel der parlamentarischen Auseinandersetzung wird.

Mitunter wird ein Ordnungsruf von einzelnen Abgeordneten nicht mehr respektiert. Im Gegenteil: Er wird als Trophäe inszeniert und damit instrumentalisiert. Angesichts dieser Verachtung des Parlaments ist es an der Zeit, das Ordnungsrecht nachzuschärfen. Wir brauchen Sanktionen, die stärker wirken und effektiver Störungen verhindern. Ich plädiere für das Prinzip „gelbe Karte, rote Karte“. Wer innerhalb eines kürzeren Zeitraums bereits zwei Ordnungsrufe erhalten hat, sollte künftig beim dritten Verstoß automatisch ein Ordnungsgeld zahlen. Und dies muss auf mindestens 2000 Euro erhöht werden. Das tut weh – und das soll es auch. Wer sich nicht an Regeln hält oder halten will, muss das deutlich zu spüren bekommen.

Es steht nicht wenig auf dem Spiel. Umfragen zeigen, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in demokratische Institutionen sinkt. Das gilt auch für den Deutschen Bundestag. Die Ursachen sind vielfältig, ein Grund ist unsere Debatte-
kultur. Ich bekomme viele Zuschriften von Menschen, die sich von der Rhetorik und

dem Verhalten im Plenarsaal abgestoßen fühlen.

Wir können keinen Respekt vor dem Parlament erwarten, wenn die Abgeordneten untereinander den nötigen Respekt vermissen lassen. Unsere Demokratie braucht ein Parlament, das die Menschen respektieren und dem sie vertrauen. Nur dann kann der Bundestag zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen.

Wir feiern in diesem Jahr nicht nur

75 Jahre Deutscher Bundestag, 75 Jahre Grundgesetz und 35 Jahre Mauerfall. Wir erinnern auch an den Umzug von Bonn nach Berlin vor 25 Jahren. Die gläserne Kuppel des Reichstagsgebäudes ist zu dem Wahrzeichen des Deutschen Bundestags geworden. Und zu einer der bekanntesten Sehens-

würdigkeiten Berlins. Ein Journalist hat einmal gesagt, die Kuppel fasse Artikel 20 des Grundgesetzes in Glas und Stahl: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Die Kuppel bringt Bürgernähe, Offenheit und Transparenz unseres Parlaments architektonisch in genialer Weise zum Ausdruck.

Ich bin stolz darauf, dass der Deutsche Bundestag diesem Transparenzanspruch gerecht wird. Millionen von Menschen besuchen unser Parlament, längst nicht nur wegen der Kuppel. Viele Bürgerinnen und Bürger kommen, um mit ihren Abgeordneten zu sprechen, sich über Politik zu informieren und mit ihren Anliegen einzubringen. Der Deutsche Bundestag ist ein offenes Haus. Ein Zentrum, in dem



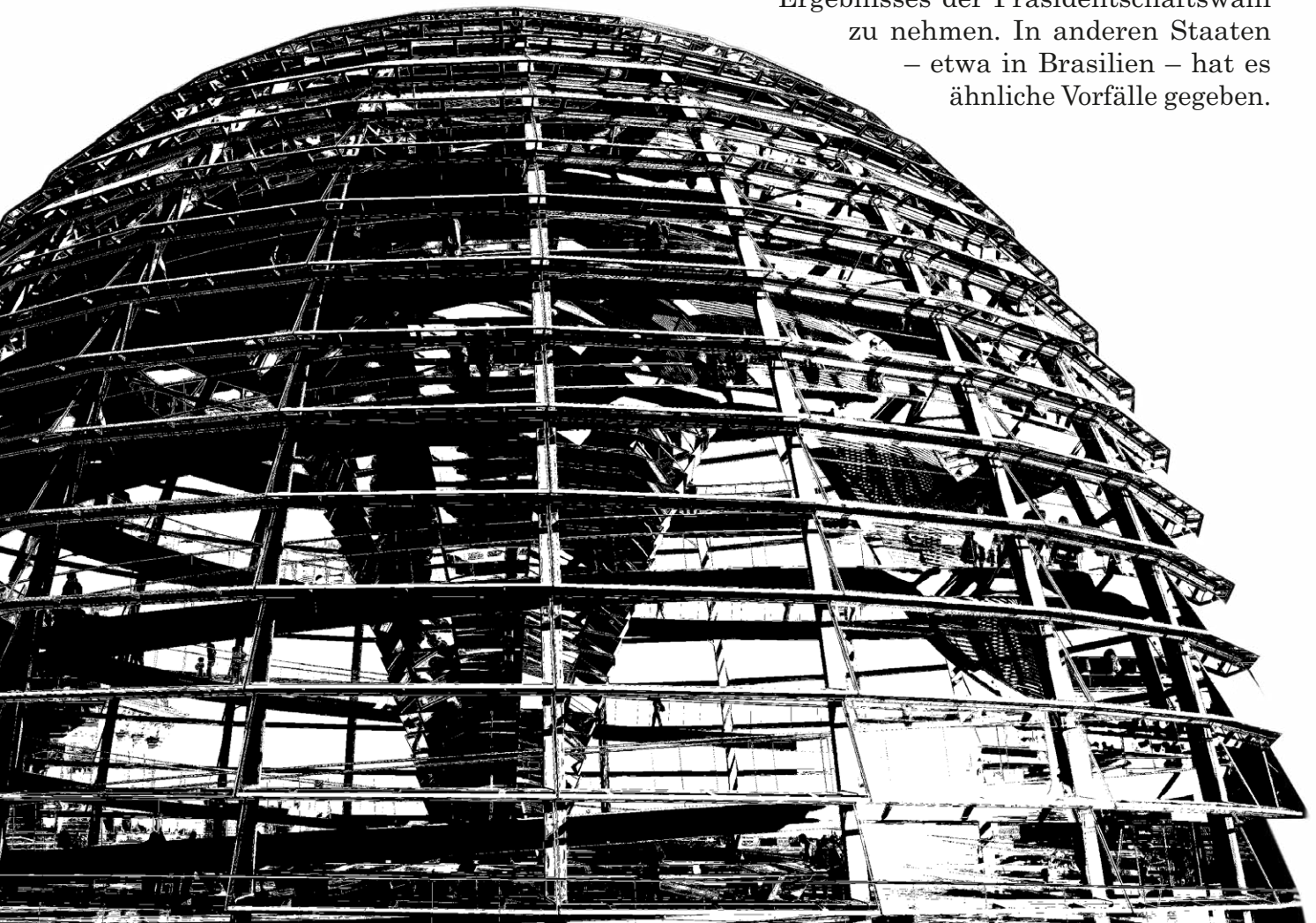
unsere Gesellschaft zusammenkommt. So soll es in einer Demokratie sein.

Wer nicht vor Ort sein kann, hat Zugriff auf viele Ressourcen. Mehr als 40 Millionen Mal im Jahr wird die Bundestagswebsite www.bundestag.de aufgerufen – mit gut aufgearbeiteten Informationen zu Plenardebatten und Ausschusssitzungen. Auch die Kanäle des Deutschen Bundestages in den sozialen Medien bieten ein breites Informationsangebot. Jedes Jahr werden mehr als 10.000 Petitionen eingereicht und vom Petitionsausschuss bearbeitet, beraten und beantwortet.

Der Deutsche Bundestag ist ein Sinnbild für unsere freie und offene Gesellschaft. Gerade das macht ihn zur Zielscheibe von Extremisten. Ein Angriff auf das Parlament ist ein Angriff auf die Demokratie.

Nach dem Grundgesetz übt die Präsidentin die Polizeigewalt in den Gebäuden des Deutschen Bundestages aus, deshalb gibt es eine eigene Bundestagspolizei. Sie sorgt – unabhängig von der Exekutive – für die Sicherheit und den Schutz der Abgeordneten, Beschäftigten und Besucherinnen und Besucher. Darüber hinaus muss das Parlament ein Raum sein, der frei ist von Agitation. Transparente und Flugblätter mit politischen Botschaften sind in den Gebäuden grundsätzlich nicht erlaubt, unabhängig vom Inhalt. Erst recht darf der Deutsche Bundestag keine Kulisse abgeben für jene, die die Demokratie verächtlich machen.

Die Geschichte kennt viele Beispiele für Anschläge auf Parlamentsgebäude. In der jüngeren Vergangenheit häufen sie sich weltweit wieder. So haben Extremisten im Januar 2021 das Kapitol der Vereinigten Staaten in Washington, D.C. gestürmt, um Einfluss auf die förmliche Bestätigung des Ergebnisses der Präsidentschaftswahl zu nehmen. In anderen Staaten – etwa in Brasilien – hat es ähnliche Vorfälle gegeben.



Auch in Deutschland haben wir allen Grund, wachsam zu sein. Im August 2020 versammelten sich am Rande einer Demonstration hunderte Menschen, darunter Rechtsextremisten und sogenannte Reichsbürger, vor dem Westportal des Reichstagsgebäudes.

Einige versuchten in das Gebäude zu gelangen – dank des entschlossenen Auftretens einiger Polizisten ohne Erfolg. Im Dezember 2022 wurde bekannt, dass Rechtsextremisten und Reichsbürger beabsichtigten, mit Waffengewalt ins Haus einzudringen. Derzeit laufen die Gerichtsverfahren. Angeklagt ist auch eine ehemalige Bundestagsabgeordnete. Vor diesem Hintergrund nehme ich kürzlich bekannt gewordene Medienrecherchen sehr ernst, wonach Beschäftigte von Fraktionen und Abgeordnete in rechtsextremistischen Organisationen aktiv waren bzw. noch immer sind. Die Verfassungsfeinde haben sich radikalisiert. Wir sind in der Verantwortung, ihnen entgegenzutreten.

Auch im Deutschen Bundestag müssen wir uns Grundfragen der wehrhaften Demokratie stellen: Wie begegnen wir den Feinden der Demokratie, ohne unsere eigenen Ansprüche an eine freiheitliche Demokratie in einem offenen Haus aufzugeben?

Mir ist wichtig, dass der Deutsche Bundestag ein bürgernahes Parlament ist und bleibt. Bürgernähe muss die Antwort auf die verbreitete Unzufriedenheit mit der Politik sein. Der



Bundestag darf sich nicht abschotten. Nur ein Haus, das für Besucherinnen und Besucher offen ist, kann Vertrauen schaffen. Aber Offenheit ist nur möglich, wenn wir auch Sicherheit gewährleisten können. Wir müssen beides – Offenheit und Sicherheit – stärker zusammendenken.

Schon seit langem plant das Haus bauliche Maßnahmen, die die Sicherheit erhöhen, ohne Besucherinnen und Besucher allzu sehr zu beeinträchtigen. So wird vor dem Reichstagsgebäude ein so genannter Aha-Graben gezogen, der von außen weitgehend unsichtbar sein wird.

Aufgrund der aktuellen Sicherheitslage wurde die Hausordnung angepasst:

Auch Parlamentsmitarbeiterinnen und Parlamentsmitarbeiter müssen sich nun stichprobenartigen Einlasskontrollen unterziehen. Grundsätzlich gilt: Alle Beschäftigten werden einer Zuverlässigkeits-

überprüfung unterzogen. Wer einen Hausausweis beantragt, wird in den polizeilichen Datenbanken überprüft – vor allem mit Blick auf Gewalt- oder Waffendelikte.

„Bürgernähe muss die Antwort auf die verbreitete Unzufriedenheit mit der Politik sein. Der Bundestag darf sich nicht abschotten.“

Einzelnen Personen ist daraufhin bereits der Zutritt verwehrt worden.

Die Bundestagspolizei stößt dabei jedoch an Grenzen. So darf sie Erkenntnisse des Verfassungsschutzes derzeit nicht verwenden. Ich setze mich dafür ein, dass der Deutsche Bundestag für seine eigene Risikoanalyse künftig darauf zugreifen darf. Dafür muss eine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Um eine Gesinnungsprüfung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht es nicht. Die Abfrage beim Verfassungsschutz wäre an die Voraussetzung gebunden, dass im Einzelfall konkrete Anhaltspunkte für extremistische Verhaltensweisen vorliegen, die Auswirkungen auf die Sicherheit des Deutschen Bundestages haben. Das Ziel ist klar: Verfassungsfeinde müssen draußen bleiben. Das gilt auch für die IT-Systeme.

Unabhängig von den aktuellen Gefahren ist es mir wichtig, die Bundestagspolizei zu stärken. Bislang fehlt es hier an einer eigenständigen Rechtsgrundlage. Es ist Zeit, diese Lücke zu schließen. Die Bundestagspolizei braucht diese Rechtsgrundlage schon

allein, um den notwendigen Informationsaustausch mit anderen Behörden zu erleichtern. Auf meine Initiative hin beraten die Fraktionen derzeit einen Entwurf für ein Bundestagspolizeigesetz. Ich hoffe auf eine Einigung mit möglichst breiter Mehrheit.

Wir müssen unser Parlament schützen. Die Demokratie muss sich wehrhaft erweisen – das ist eine Lehre aus unserer Geschichte. Jetzt sind wir gefordert zu beweisen, dass wir diese Lehre verstanden haben. Und umsetzen. Wir müssen wachsam sein gegenüber den Gegnern der Demokratie – und gleichzeitig offen bleiben für die Bürgerinnen und Bürger.

Der wirkungsvollste Schutz der Demokratie sind überzeugte Demokratinnen und Demokraten. Die Demonstrationen zu Beginn dieses Jahres haben gezeigt: Daran mangelt es unserem Land zum Glück nicht. Hunderttausende sind für Freiheit und Demokratie auf die Straße gegangen. Das macht Mut: Zu seinem 75. Geburtstag ist das Grundgesetz und unsere Demokratie lebendiger denn je.

„Auf meine Initiative hin beraten die Fraktionen derzeit einen Entwurf für ein Bundestagspolizeigesetz.“



Der Hundertjährige, der von der Insel kam

*Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird bald
einhundert Jahre. In Großbritannien entstanden,
darf er in Europa als Erfolgsmodell gelten, seine
Programme sind prägend. Im Zeitalter der digitalen
Grenzenlosigkeit steht ihm eine Bewährung bevor.
Denn Rundfunk ist Vertrauenssache.*

Jochen Trum

Eine der wohl abfälligsten Darstellungen des Journalismus in der Weltliteratur stammt von Honoré de Balzac (1799–1850). In den *Illusions perdues* (1837) lässt er seine Romanfigur Lucien Chardon, einen Jungen aus der Provinz, der sich eigentlich zum Schriftsteller berufen fühlt, in die Pariser Halbwelt der liberalen Blätter geraten. „Mit deiner Brillanz und schnellen Auffassungsgabe eignest du dich nur zu gut zum Journalisten“, ruft ihm einer seiner Kameraden noch zu, bevor es Lucien zum ersten Mal in die Redaktion zieht. „Nie würdest du einen geistreichen Einfall unterdrücken, selbst wenn du damit einen Freund zum Weinen brächtest. (...) Der Journalismus ist eine Hölle,

ein Abgrund von Ungewissheiten, Lügen, Verrätereien, den man unbeschmutzten Fußes nur durchqueren und verlassen kann, wenn man wie Dante vom göttlichen Lorbeer Vergils beschützt wird.“ (Balzac 2014, 287) Gut möglich, dass Balzac in diesem zynischen Bild der Zunft seinem eigenen Unmut über den Journalismus freien Lauf ließ, die Freiheit der Presse gerät jedenfalls zur Farce. Die Kritik am Journalismus, so

Jochen Trum

ist stellvertretender Chefredakteur der WDR-Landesprogramme in Düsseldorf. Er leitet die Programmgruppe Politik und Dokumentation NRW, zu der die landespolitische Redaktion und die Redaktion Doku&Digital gehören. Er ist Vorsitzender der Landespressekonferenz NRW e. V. und berichtet für den WDR in Fernsehen, Radio und Online über die Politik aus der Landeshauptstadt. Zuvor war der Journalist Leiter der Abteilung Koordination in der Chefredaktion der NRW-Landesprogramme des WDR-Fernsehens.



Foto: Privat

viel dürfen wir festhalten, ist fast so alt wie die Branche selbst.

Zwischen Balzacs verlorenen Illusionen und der Journalismus-Kritik unserer Tage liegen fast 200 Jahre. Die Zeiten mögen sich ändern, die Vorhaltungen sind ähnlich: Sensationslust, Herdentrieb, Einseitigkeit und Selbstgerechtigkeit, in vielen Diskussionen kommt der Journalismus nicht gut weg. Das weiß ich aus eigener Anschauung. Man kann diese Kritik teilen oder auch nicht. Man kann sie in abgeschwächter Form gelten lassen oder sie rundweg verwerfen, aber beschäftigen wird man sich mit ihr wohl müssen. Vor allem in einer Hinsicht scheint Einmütigkeit zu bestehen: Der Journalismus und seine Institutionen stecken in einer Vertrauenskrise. Dass diese Krise auch andere Institutionen erfasst, vermag dabei nicht einmal ein schwacher Trost zu sein, steht dahinter doch die Frage, ob dieser Schwund an Vertrauen in einzelne Institutionen am Ende nicht die bestehende Ordnung in ihrer Gänze ins Wanken bringen könnte.

Dass dieser Frage nachzugehen den Rahmen sprengen würde, ist offensichtlich. Im Folgenden will ich mich deshalb auf eine Institution beschränken, die in der öffentlichen Debatte besonders im Fokus steht, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Der Rundfunk ist in Deutschland eine weithin sichtbare Einrichtung, hat Medien, Kultur und Politik, ja das öffentliche Leben, in den zurückliegenden Jahrzehnten maßgeblich geprägt, ist aber wiederum selbst auch von Politik und Rechtsprechung geprägt worden. Vor allem aber wird er aus öffentlichen Mitteln, den Beitragsgeldern der Bürgerinnen und Bürger, finanziert. Auch im Fall des ÖRR ist die Kritik eine stetige Begleiterin

gewesen, in jüngster Zeit aber hat die Schärfe beträchtlich zugenommen. Der Befund gilt im Übrigen nicht nur für Deutschland.

Werfen wir einen Blick auf die tatsächliche Lage des Rundfunks in Zeiten allgegenwärtiger Institutionenkritik. Durchaus bemerkenswert ist, dass sich ein differenziertes Bild ergibt, wenn man die Meinungsforschung bemüht und die Menschen nach der Glaubwürdigkeit einzelner Institutionen fragt. Nach einer repräsentativen Befragung von Infratest dimap im Auftrag des WDR von Ende 2023 sagen 66 Prozent der Befragten, dass sie das öffentlich-rechtliche Radio für glaub-

„Sensationslust, Herdentrieb, Einseitigkeit und Selbstgerechtigkeit, in vielen Diskussionen kommt der Journalismus nicht gut weg.“

würdig halten, über öffentlich-rechtliche Fernsehsender sagen das 65 Prozent (wie auch über Tageszeitungen), die Online-Angebote des ÖRR kommen mit etwas Abstand auf 52 Prozent. Diese Werte sind durchaus akzeptabel im Vergleich zu anderen Institutionen, aber die Befunde zeigen auch, dass die Lage früher besser war (Infratest dimap 2023). Allerdings gibt es nach meiner Überzeugung in der Debatte einen Verzerrungseffekt. Die laute und schrille Kritik der scharfzüngigen Gegner, ganz gleich welchen Motiven sie entspringt, könnte dazu verleiten, die Vertrauenskrise für größer zu halten als sie in Wahrheit ist.

Gleichwohl, weder der Rundfunk selbst, noch die verantwortliche Politik in den Ländern können mit dem Status Quo zufrieden sein. Als ein Schlüssel für die Akzeptanz beim Publikum gilt der Politik die künftige Höhe des Rundfunkbeitrags und der Nachweis, dass sich ARD, ZDF und Deutschlandradio Reformbemühungen unterziehen. Man mag es als Ausdruck einer gewissen Zerknirschtheit der Verantwortlichen verstehen, dass sie mit dem Zukunftsrat den Versuch unternommen haben, die

verkrusteten Debatten der letzten Jahrzehnte aufzubrechen (Zukunftsrat 2024). Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der deutschen Rundfunkpolitik, dass die Länder zwar formell weitreichende Kompetenzen im Umgang mit den Anstalten haben, der Spielraum aber durch das oberste deutsche Gericht denkbar eng gemacht worden ist (Dörr 2023).

Dieser Publikation liegt die Prämisse zugrunde, dass Institutionen eine Gesellschaft zusammenhalten. Das galt lange – und nach meiner Überzeugung gilt es auch heute noch – für den Rundfunk. Institutionen haben in mehrerlei Hinsicht nutzbringende Funktionen. Sie sind komplexe Organisationen, deren Sinn und Zweck darin bestehen, rationale und regelgeleitete Entscheidungen zu produzieren (Ausnahmen bestätigen, wie üblich, die Regel). Sie sind des Weiteren schon allein deswegen sinnvoll, weil nur durch sie kostenintensive Vorhaben, die ein Zusammenspiel vieler erfordern (Herstellung von Fernsehsendungen, Vorhalten eines Korrespondentennetzes im In- und Ausland), möglich werden. Das sind eher technische Seiten von Institutionen. Vor allem aber dienen Institutionen der Absicherung der ihnen anvertrauten Aufgaben gegen Einflüsterungen von außen. Die Unabhängigkeit des Rundfunks ist ohne ein institutionelles Gerüst, das den gedanklichen Kern der Organisation gleichermaßen gegen äußere Widrigkeiten befestigt, schwer vorstellbar. Letztlich sind Institutionen, öffentliche zumal, Ausdruck eines allgemeinen gesellschaftlichen Willens, sie sind sichtbare Verkörperung einer Idee.

Die Idee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stammt aus Großbritannien,

dort ist 1927, vor bald einhundert Jahren, die BBC, die zunächst eine *Company* war, zur *Corporation* geworden. Die Geburtsstunde des *public broadcasting* und eines Erfolgsmodells, das oft kopiert wurde. Ein Monopol war die BBC von Beginn an, jetzt wurde sie auch zur öffentlichen Körperschaft und ihre Finanzierung aus öffentlichen Mitteln festgelegt (Briggs 1985; Hendy 2022). Dass die BBC nach dem Zweiten Weltkrieg Pate stand für die Gründung des Rundfunks in Deutschland, ist bekannt. Die spezifisch deutsche Beigabe dabei war (unter amerikanischer Mitwirkung) die föderale Organisation, einschließlich der Zuständigkeit der Länder. Die zentrale Rolle des Bundesverfassungsgerichts hat sich später entwickelt, man darf sie heute aber wohl auch als eine deutsche Besonderheit betrachten.

Die BBC ist mit viel Verve aus der Taufe gehoben worden. Wer einen Blick in die Beschlüsse der maßgeblichen Parla-

„Die Unabhängigkeit des Rundfunks ist ohne ein institutionelles Gerüst, das den gedanklichen Kern der Organisation gleichermaßen gegen äußere Widrigkeiten befestigt, schwer vorstellbar.“

menten Sykes (1923) und Crawford (1926) wirft, kann erkennen, wie eindringlich die Beratungen damals verliefen. Adel und Politik, Business und Wissenschaft waren in beiden Ausschüssen vertreten. Die Aufgabe war der von heute durchaus vergleichbar. Wenige Jahre nach dem Ende des Großen Krieges, empfunden als Zivilisationsbruch, war die Gesellschaft noch immer im Umbruch, die Auswirkungen der in-

dustriellen Revolution des 19. Jahrhunderts noch nicht verdaut. Großbritannien, damals auf dem Globus das Maß aller Dinge, war geprägt von technischem Fortschritt, den Begleiterscheinungen der modernen Massengesellschaft, der Ausweitung des Wahlrechts, einem Umbruch der gesellschaftlichen Vorstellungen. Das viktorianische

Zeitalter war vorüber, die kurze edwardianische Epoche hatte allerhand Veränderungen mit sich gebracht. Das Establishment hatte durchaus den Eindruck, dass die Fliehkräfte schwer zu bändigen waren (Himmelfarb 1994; Hynes 1988).

Vor diesem Hintergrund stand die Frage an, wie mit dem Rundfunk in institutioneller Hinsicht umzugehen sei. Die Antwort ist bekannt und sie war im Kern zutiefst moralisch. Im feierlichen Ton des ersten Satzes der Charter ist vom „great value of the Service as a means of education and entertainment“ (Briggs 1985, 92) die Rede, der im nationalen Interesse entwickelt werde sollte. Lord Gainford, ein liberaler Industrieller und der erste Vorsitzende des Board of Governors, schrieb in der „Radio Times“ Zeilen, die den triumphierenden Ton des Augenblicks nicht verleugnen: Während die Entwicklung nationaler Institutionen gemeinhin in Dekaden oder Jahrhunderten gemessen werde, so befand er, sei der Rundfunk binnen weniger als fünf Jahren aus dem Nichts zu der Position gelangt, die er heute innehatte – ein akzeptierter und essentieller Teil der Maschinerie der Zivilisation (Briggs 1985, 109). Ähnlich klang die fulminante Ankündigung von Premierminister Stanley Baldwin bereits zwei Jahre zuvor. Der konservative Regierungschef sprach von einem „milestone along the road to the social betterment of our people“ (Briggs 1985, 83). Rundfunk ist damals als eine Art zivilisatorische Mission begriffen worden, eine Institution zur moralischen Erziehung der Massen. Dass die Menschen der neuen Einrichtung schon ihr Vertrauen schenken würden, stand für die Verantwortlichen damals außer Frage.



Ideengeschichtlich finden sich in den Überlegungen der Verantwortlichen Gedanken, die ihre Wurzeln in der Aufklärung, in Liberalismus und Utilitarismus, den spätviktorianischen Moralvorstellungen (man spricht noch von „Tugenden“) und christlichen Überzeugungen haben. In der politischen Philosophie von John Stuart Mill etwa finden sich Hinweise, wie ethische Erziehung als Voraussetzung für das Gelingen der Massendemokratie betrachtet wird. Vereinfacht gesagt, wenn alle wählen können, müssen sie auch in der Lage sein, verantwortliche Entscheidungen zu treffen, das hieß damals vor allem, sie müssen durch Bildung und Kultur zu moralischen Subjekten geworden sein. Insbesondere die einflussreiche Schrift des Kulturkritikers Matthew Arnold mit dem Titel *Culture and Anarchy* gilt als prägend, auch für die Gedanken von John Reith, den berühmten Gründungsdirektor der BBC. Er hat wie kein zweiter die Institution geformt, saß im ersten Rundfunk-Komitee (Sykes) sogar mit am Tisch. Sein Motto „to inform, to educate, to entertain“ ist bis heute die gültige Formel für öffentlichen Rundfunk in Großbritannien und weit darüber hinaus. Schon bei Mill finden sich Hinweise auf ein Institutionenverständnis, das man als Wegbereiter für die spätere *public corporation* deuten kann. Mill betrachtet Institutionen als Vermittlungsinstanzen, die die verschiedenen Ebenen der Gesellschaft verbinden,

Individuum, Kollektive und wissenschaftlichen Fortschritt. Hieraus ergibt sich für ihn die Bedeutung des Repräsentativsystems, das den Massendemokratien modernen Prägung Halt gibt (Mill 2013).

Es mag aus heutiger Sicht erstaunen, dass ausgerechnet im Mutterland von Kapitalismus und Marktwirtschaft, von Individualismus und persönlicher Freiheit eine Institution wie die BBC erdacht wurde. Noch 1987 formulierte Premierministerin Margaret Thatcher den Satz: “[W]ho is society? There’s no such thing, there are individual men and women and there are families.”¹ Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Blick auf die kurze Phase des britischen Idealismus. Unzufrieden mit den Einseitigkeiten, die in ihren Augen Empirismus, Utilitarismus und der wissenschaftliche Naturalismus eines Herbert Spencer bedeuteten, suchte eine Schule um Denker wie F.H. Bradley, T.H. Green und B. Bosanquet im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, unter Rückgriff auf Kant und Hegel, eine vermittelnde Position zwischen Individuum und Gesellschaft zu finden (Searle 2004; Sweet 2009). Weder eine rigoristische Pflichtmoral, noch ein utilitaristisches größtmögliches Glück der größten Zahl waren für sie überzeugende Antworten auf die Herausforderungen des Zeitalters. Reiner Individualismus galt den Idealisten als eine falsche Abstraktion, der Mensch wurde als soziales Wesen aufgefasst. Die Selbstverwirklichung des Individuums gelingt nach ihrer Überzeugung nur in der Gemeinschaft mit anderen. Nur das soziale Selbst, also das Selbst, das sich in der Gesellschaft entwickelt, ist demnach auch ein moralisches Selbst. Der Mensch ist nur wirklich Mensch in der Gemeinschaft.²

Der viktorianische Paternalismus lebte noch eine ganze Weile in der BBC fort, er liefert sicher auch eine Erklärung, warum in späteren Jahrzehnten immer wieder der Vorwurf zu hören ist, der Rundfunk wolle belehren und bevormunden. Hier findet sich womöglich auch ein Hinweis, warum das Vertrauen in diese nationale Ikone sinkt. Schon 2002 hat die britische Moralphilosophin Onora O’Neill diagnostiziert, dass es eine Vertrauenskrise gebe. Sie bestand nach ihrer Beobachtung zuvorderst darin, dass Menschen *sagen*, dass sie nicht mehr vertrauen. Zwischen der allgemeinen Einstellung einer Institution gegenüber und dem praktischen Handeln im Einzelfall kann durchaus eine Divergenz bestehen. Vor allem wirft O’Neill die interessante Frage auf, ob dem schwindenden Vertrauen wirklich am besten mit mehr Transparenz und Rechenschaftspflichten beizukommen sei. Die durchaus beunruhigende Antwort: Nein, denn trotz ständig steigender Regelungen, die alles besser machen sollen, steigt das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen, also auch in die BBC, nicht. So der Befund vor mehr als 20 Jahren (O’Neill 2002). Eine Erklärung könnte sein, dass Vertrauen eigentlich das Gegenteil von Transparenz ist. Vertrauen heißt eben gerade nicht, alles zu wissen, sondern bewusst auf Kontrolle und Kenntnis zu verzichten und eine Sache einfach in die Hände anderer zu legen, im Glauben, dass sie es schon richtig machen werden. Wer vertraut, gewährt Kredit. Ohne diese Art des gegenseitigen Vertrauens, das lässt sich mit unzähligen Alltagsbeispielen illustrieren, kämen wir nicht durchs Leben. Mit dem angeblichen Allheilmittel Transparenz ist man auch hierzulande stets schnell bei der Hand, wenn Probleme auftauchen. Vielleicht verdient dieser Reflex eine Revision.

1 Im Interview mit der Zeitschrift „Woman’s Own“ vom 31. Oktober 1987.

2 Es ist einen Gedanken wert, ob die gelungene Adaption des britischen Rundfunk-Konzepts im Nachkriegs-Deutschland auch damit zu tun hatte, dass sich in gewisser Weise der Kreis schloss und Bestände deutscher Denktraditionen über den Umweg der Insel wieder heimkehrten.

Ein Patentrezept, wie Institutionen Vertrauen zurückgewinnen können, gibt es nicht. Vermutlich wird es auch nicht ausreichen, einfach gute Arbeit zu machen und mit Ergebnissen zu überzeugen – auch wenn das ein unverzichtbarer Bestandteil ist. Wer es versteht, andere von seiner Kompetenz und seinem Verantwortungsbewusstsein zu überzeugen, schafft die Grundlagen für Vertrauenswürdigkeit. Aber Vertrauen ist eine abhängige Variable. Ohne die Bereitschaft, grundsätzlich öffentlichen oder staatlichen Einrichtungen zu vertrauen, dürften es einzelne Institutionen schwer haben, es zu gewinnen. Falls sie es überhaupt für sich allein in der Hand haben.

Der WDR hat sich in den Achtzigerjahren entschieden, die regionale Berichterstattung auszuweiten. Das war aus heutiger Sicht ein kluger Schritt. Die Kritiker, die angesichts der Dezentralisierungsbemühungen eine „Regionalisierung auf dem Verordnungsweg“ (Flamm 1993) witterten und dem Vorhaben sozusagen den immanenten Sinn absprachen, sind durch die späteren Entwicklungen und Erfolg widerlegt worden. Die regionalen Programme sind erfolgreich, sie bilden heute das Rückgrat der breitenwirksamen Angebote, was auf Radiowellen wie WDR 2 und WDR 4 und im sogenannten Vorabend des WDR Fernsehens (Aktuelle Stunde, Lokalzeit, Westpol) am augenfälligsten ist. Der Sender aus Köln hat mit seinen inzwischen vier Großregionen und elf Studiostandorten ein landesweites Netz, um näher an den Regionen zu sein. Im Ruhrgebiet allein sind es die Studios Duisburg, Essen und Dortmund, die für die Berichterstattung aus und über die Region verantwortlich sind. Näher dran

„Vertrauen ist eine abhängige Variable. Ohne die Bereitschaft, grundsätzlich öffentlichen oder staatlichen Einrichtungen zu vertrauen, dürften es einzelne Institutionen schwer haben, es zu gewinnen.“

zu sein, vor Ort zu sein, das heißt für elektronische Medien vor allem: schneller sein zu können, Akteurinnen und Akteure zu kennen, aber auch Menschen und Themen besser zu verstehen. Der Wechsel der Perspektive ist im Hinblick auf die Fragestellung dieses Sammelbandes ein entscheidender Punkt. Der Journalismus ex cathedra des Zwanzigsten Jahrhunderts hat erkennbar ausgedient. Mit schulmeisterlicher Belehrung und gesinnungsethischem Frontalunterricht wird man nicht weit kommen. Geografische wie kulturelle Nähe gelten als Schlüssel zur Gunst des Publikums, so wie auch die Qualität des Programms, wie Multiperspektivität und Nutzerorientierung.

Die technologischen Veränderungen, die auch einen unmittelbaren Einfluss auf das Mediennutzungsverhalten haben, spielen eine wichtige Rolle. Der institutionelle Journalismus klassischer Prägung, also die großen Zeitungs- und Medienhäuser, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, verliert im Vergleich zu neuen Formen journalistischer oder quasi-journalistischer Angebote an Boden. Auch verliert er seine Deutungshoheit über den öffentlichen Raum, die Grenzen zwischen professionellen Institutionen und einzelnen Influencern, Podcastern, Bloggern, Youtubern etc. verschwimmen. Es bedarf heute eben keines großen finanziellen Aufwands mehr, um sich Gehör zu verschaffen. Die sogenannten sozialen Medien, die einst gestartet sind, um Menschen zu vernetzen, sind längst über diesen Aggregatzustand hinausgewachsen. Auch hier geht es vor allem darum, möglichst viel Aufmerksamkeit für die eigenen Inhalte zu bekommen.

Die neuen Imperative sind für die Verantwortlichen im Rundfunk vor diesem Hintergrund inzwischen klar. Es geht darum, die eigenen Angebote konsequent am Publikum, seinen Bedürfnissen und Interessen auszurichten, dabei den Blick stets auf den gesellschaftlichen Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu richten. Nähe ohne Distanzverlust, Empathie ohne Anbiederung, Verständnis ohne Kritiklosigkeit, Auftragserfüllung ohne Nischendasein, medialer Begleiter für die digitale Gesellschaft ohne Verlust der Wächterfunktion – die Aufgabe gleicht der Quadratur des Kreises. Die föderale Ordnung des Rundfunks erlaubt es aber, die Anforderungen miteinander zu verbinden. Die veränderten Nutzungsgewohnheiten sind ebenso zu berücksichtigen wie es gilt, die Unabhängigkeit der Sender gegenüber politischen, wirtschaftlichen oder anderen Interessen zu sichern. Das wird in absehbarer Zeit nicht gelingen, ohne auch auf Drittplattformen mit den eigenen Angeboten vertreten zu sein. Gegen das dabei bisweilen verspürte Unwohlsein hilft nur die nüchterne Einsicht, dass der Köder bekanntlich nicht dem Angler, sondern dem Fisch schmecken muss.

Für Medien hat die Digitalisierung eine besondere Bewandtnis. Sie schafft in Theorie und Praxis eine Situation des reinen Wettbewerbs. Kaum Zugangsbeschränkungen mehr zum Markt, absolute Gleichrangigkeit im Angebot. Alles steht neben allem, es gibt kein oben und unten. Außerdem sind mediale Produkte nun einmal in gewisser Weise amorph, sie treten dem Publikum nicht in physischer Form gegenüber. Das gedruckte Blatt, das Wochenmagazin in

Heftform bilden Ausnahmen, aber der Trend ist auch hier unverkennbar. Elektronische Medien sind und bleiben in gewisser Weise flüchtig, ihr Wert liegt vorrangig in der gedanklichen Wirkung beim Publikum, nicht in ihrer materialen Existenz.

Das unterscheidet mediale Angebote von anderen Institutionen. Polizei und Feuerwehr erwachsen aus der digitalen Transformation zwar indirekt auch Herausforderungen, aber keine unmittelbaren Konkurrenten. Die App, mit der man einem Einbrecher das Handwerk legt, gibt es nicht. Auch einen Großbrand kann man nicht mit Tiktok löschen. Es mag Ratschläge

„Die veränderten Nutzungsgewohnheiten sind ebenso zu berücksichtigen wie es gilt, die Unabhängigkeit der Sender gegenüber politischen, wirtschaftlichen oder anderen Interessen zu sichern.“

auf Youtube geben, wie man einem Infarkt vorbeugt, aber wenn er dann doch da sein sollte, hilft kein Download, sondern nur der Notarzt. Vertrauen wird für Medien, für öffentlich-rechtliche besonders, zur Gretchenfrage. Die Menschen, die

die Angebote bezahlen, müssen sie nutzen wollen, darin einen Sinn für sich erkennen. Sie müssen merken, dass die Programmschaffenden mit ehrlicher Absicht unterwegs sind. Im Sinne Hartmut Rosas (2016) sollte im Idealfall zwischen Medium und Publikum eine gelungene Resonanz entstehen, eine Weltbeziehung, die Verdruss und Entfremdungserscheinungen überwindet. Die föderale Rundfunkordnung bietet dafür nach meiner Überzeugung noch immer gute Voraussetzungen. In der vernetzten Welt des medialen Überangebots den Menschen eine vertraute Marke zu sein, bei der sie sich gut aufgehoben fühlen, ist zwar so einfach, wie auf dem Ozean ein gemütliches Fleckchen zum Verweilen zu finden. Aber es ist der einzige Weg.

Literatur

Arnold, Matthew (2006): *Culture and Anarchy* (Erstveröffentlichung 1869), Oxford: Oxford University Press.

de Balzac, Honoré (2014): *Verlorene Illusionen*. Roman aus der Provinz, übersetzt von Melanie Walz (Erstveröffentlichung 1837), München: Hanser.

Bausch, Hans (1980): *Rundfunkpolitik nach 1945*, 2 Bände, München: dtv.

Bösch, Frank (2011): *Mediengeschichte*. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen, Frankfurt/New York: Campus.

Bogost, Ian (2022): *“The Age of Social Media Is Ending. It never should have begun”*. 10. November 2022. <https://www.theatlantic.com/technology/archive/2022/11/twitter-facebook-social-media-decline/672074/> (Zugriff am 13.05.2024).

Briggs, Asa (1986): *The BBC: The First Fifty Years*, Oxford/New York: Oxford University Press.

Briggs, Asa/Burke, Peter (2020): *A Social History of the Media*, Cambridge: Polity Press.

Burke, Peter (2014): *Papier und Marktschrei. Die Geburt der Wissensgesellschaft*, Berlin: Wagenbach.

Cagé, Julia (2015): *Sauver les médias. Capitalisme, financement participatif et démocratie*, Paris: Seuil.

Crisell, Andrew (2002): *An Introductory History of British Broadcasting*, second edition, London/New York: Routledge.

Dörr, Dieter (2023): „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk zwischen Recht und Politik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 73. Jahrgang 25/2023, S. 12-17.

Dussel, Konrad (2023): „Vom Monopol zu komplizierter Konkurrenz. 75 Jahre öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Deutschland“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 73. Jahrgang 25/2023, S. 4-11.

Flamm, Leo (1993): *Westfalen und der Westdeutsche Rundfunk. Eine rundfunkhistorische Studie zur Regionalisierung*, Köln: Kohlhammer.

Fogel, Jean-Francois/Patino, Bruno (2005): *Une presse sans Gutenberg*, Paris: Grasset.

Fritscher-Fehr, Melanie (2019): *Demokratie im Ohr. Das Radio als geschichtskultureller Akteur in Westdeutschland 1945–1963*, Bielefeld: transcript.

Führer, Karl Christian (1996): Auf dem Weg zur „Massenkultur“?, Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik, in: *Historische Zeitschrift* (262), S. 739-781.

Habermas, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (2022): *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*, Berlin: Suhrkamp.

Hendy, David (2013): *Public Service Broadcasting*, Houndmills: Palgrave Macmillan.

Hendy, David (2022): *The BBC: A People's History*, London: Profile Books.

Herdegen, Matthias (2022): *Heile Welt in der Zeitenwende*, München: C.H. Beck.

Himmelfarb, Gertrude (1996): *The De-Moralization of Society. From Victorian Virtues to Modern Values*, New York: Vintage Books.

Hynes, Samuel (1992): *The Edwardian Turn of Mind*, London: Pimlico.

Infratest dimap (2023): *Glaubwürdigkeit der Medien 2023. Eine repräsentative Studie im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks*, https://presse.wdr.de/ploungewdr/programm/2023/12/_pdf/Glaubwuerdigkeit_der_Medien_2023.pdf (Zugriff am 10.05.2024).

Jahn, Philipp (2023): „In Krisenzeiten besonders gefragt“, *Bericht über eine Studie von Infratest dimap zur Glaubwürdigkeit der Medien auf tagesschau.de*. 19.12.2013. www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/vertrauen-glaubwuerdigkeit-medien-100.html (Zugriff am 10.05.2024).

Literatur

- Krass, Stephan (2022): *Radiozeiten. Vom Ätherspuk zum Podcast*, Springe: zu Klampen.
- Lanier, Jaron (2019): *Ten Arguments for Deleting Your Social Media Accounts Right Now*, London: Vintage.
- Lerg, Winfried B. (1980): *Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik*, München: dtv.
- Lyons, Eugene (1966): *David Sarnoff. A Biography*, New York: Harper & Row.
- McIntyre, Ian (1994): *The Expense of Glory. A Life of John Reith*, London: Harper Collins.
- Menasse, Eva (2019): „Alles geht in Trümmer“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27. Mai 2019 (gekürzter Abdruck der Dankesrede aus Anlass der Verleihung des Ludwig-Börne-Preises vom 26. Mai 2019).
- de Mendelssohn, Peter (1951): BBC. *Die Naturgeschichte eines Rundfunkmonopols*, Der Monat 04/1951.
- Methuen, Eyre (Hrsg.) (1974): *The Future of Broadcasting. A Report presented to The Social Morality Council*, London: Eyre Methuen.
- Mill, John Stuart (1974): *Über die Freiheit* (Erstveröffentlichung 1859), Stuttgart: Reclam.
- Mill, John Stuart (2013): *Betrachtungen über die Repräsentativregierung* (Erstveröffentlichung 1861), Berlin: Suhrkamp.
- Nicholson, Peter P. (1990): *The Political Philosophy of the British Idealists*, Cambridge: Cambridge University Press.
- O'Neill, Onora (2002): *A Question of Trust. The BBC Reith Lecture 2002*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Patino, Bruno (2019): *La civilisation du poisson rouge. Petit traité sur le marché de l'attention*, Paris: Grasset.
- Precht, Richard David/Welzer, Harald (2022): *Die vierte Gewalt. Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist*, Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2019): *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas/Rosa, Hartmut (2021): *Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?*, Berlin: Suhrkamp.
- Rodgers, Daniel T. (2011): *The Age of Fracture*, Cambridge/London: Harvard University Press.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2016): *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Berlin: Suhrkamp.
- Searle, Geoffrey R. (2004): *A New England? Peace and War 1886–1918*, Oxford: Oxford University Press.
- Seatter, Robert (2022): *Broadcasting Britain. 100 years of the BBC*, London: Dorling Kindersley.
- Sweet, William (Hrsg.) (2009): *The Moral, Social and Political Philosophy of the British Idealists*, Exeter: Imprint Academic.
- Taylor, Alan J.P. (1965): *English History 1914–1945*, Oxford: Oxford University Press.
- Villa, Dana (2017): *Teachers of the People. Political Education in Rousseau, Hegel, Tocqueville, and Mill*, Chicago/London: Chicago University Press.
- Zukunftsrat (2024): *Bericht des Rates für die zukünftige Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks*, erstellt im Auftrag der Rundfunkkommission der Länder, Mainz: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz.



Von der Gemeinschaft getragen

Das Ehrenamt als Fundament für sozialen Zusammenhalt

Sabine Lackner

Was wäre eine Straße ohne Ampeln, ein Mobiltelefon ohne Netz, ein Kühlschrank ohne Strom? Vieles von dem, was wir für selbstverständlich halten, beruht auf einer intakten Infrastruktur. Mobiles Netz und Internet, Geldautomaten und Supermarktkassen, große Teile des öffentlichen Nahverkehrs – all diese Dinge hängen vom Funktionieren unserer Infrastrukturen ab. Alles, was es braucht, ist ein größerer Stromausfall und schon sind Straßen nicht mehr befahrbar, Notrufe laufen ins Leere, Lebensmittel und Vorräte verderben.

Noch sind Blackouts nur beliebte Spielfilmszenarien. Was im privaten Fernsehen der Unterhaltung dient, ist in Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen wie dem Technischen Hilfswerk längst ein eingespieltes Übungsszenario. In speziellen Szenarien wie den KRITIS-Übungen (kurz für Kritische Infrastruktur) wird die Reaktion auf komplexe Notfallsituationen trainiert. Denn die Risiken für unsere Gesellschaft nehmen zu. Weltweit entfalten sich kriegerische Auseinandersetzungen. Autoritär geführte Staaten militarisieren alte Konflik-

Sabine Lackner

ist seit Juli 2023 Präsidentin der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. Seit 2001 ist sie Angehörige des THW und war unter anderem Vizepräsident (2020–2023), Landesbeauftragte im Landesverband Bremen, Niedersachsen, Hannover und im Landesverband Sachsen, Thüringen, Altenburg sowie Leiterin verschiedener Referate.



Foto: Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Bonn

te – in der Ukraine, in Aserbaidschan und Armenien, im Nahen Osten. Dabei hat die Komplexität der Sicherheitsbedrohungen in den letzten Jahrzehnten spürbar zugenommen: Neben der klassischen Kriegsführung umfassen hybride Sicherheitsrisiken vermehrt Druck auf die Wirtschaft, Cyberangriffe und die Beeinflussung der Bevölkerung über Medien und soziale Netzwerke.

Zusätzlich zu diesen geopolitischen Herausforderungen werden die Auswirkungen des Klimawandels immer spürbarer. In Deutschland nehmen die Gefahren durch Starkwetterereignisse zu. Orkanartige Böen an der Ostsee, Überflutungen im Ahrtal, Waldbrände in Brandenburg –

diese Ereignisse zeigen, wie verwundbar unsere Ökosysteme sind. Die zunehmend zeitgleich auftretenden Wetterextreme führen zu parallelen Einsatzanforderungen im Zivil- und Katastrophenschutz, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Denn der rapide fortschreitende Klimawandel schürt Konflikte und Instabilität, bedroht den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen und Infrastrukturen und verursacht Fluchtbewegungen und Massenmigrationen.

All diese Faktoren – seien es Krisen, Katastrophen oder die Folgen des Klimawandels – unterziehen die deutsche Gesellschaft einer ernstzunehmenden Prüfung. Zunehmende Veränderungen der ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Rahmenbedingungen bedrohen die Resilienz der Gesellschaft und führen zu allgemeiner Verunsicherung, gar zu Existenzängsten. Gefordert ist daher ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit – nicht nur von staatlichen Institutionen, Behörden und Parteien, sondern auch von den deutschen Bürgerinnen und Bürgern. Denn gesellschaftliche Bedrohungen fungieren als Nährboden für politische und soziale Unruhen, fördern extremistische Gesinnungen und stellen eine erhebliche Gefahr für die deutsche Demokratie dar. Dabei ist gesellschaftlicher Zusammenhalt von besonderem Wert und bedarf Schutz. Denn er bildet das Grundgerüst für eine starke Demokratie und ihre Institutionen. Nur durch ihn kann ein respektvolles, gewaltfreies Miteinander geschaffen und nachhaltig aufrechterhalten werden.

Bei der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nehmen ehrenamtlich getragene Institutionen wie das Technische

„Bei der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nehmen ehrenamtlich getragene Institutionen wie das Technische Hilfswerk (THW) und Vereine eine zentrale Rolle ein.“

Hilfswerk (THW) und Vereine eine zentrale Rolle ein. Sie fördern demokratiestärkende Werte, sei es durch politische oder soziokulturelle Bildungsangebote, die Vermittlung von Toleranz und kultureller Sensibilität oder durch die Stärkung der persönlichen Widerstandsfähigkeit. Ehrenamtliche Tätigkeiten bieten einen einzigartigen Raum für soziale Interaktion; die gemeinsame Arbeit an Projekten schafft eine besondere

Bindung zwischen Menschen verschiedener Herkunft, fördert gegenseitiges Verständnis und stärkt gleichzeitig das Gefühl der Zugehörigkeit. Außerdem ermöglichen es ehrenamtliche Engagements, aktiv an der

Gestaltung der Gemeinschaft teilzuhaben. Verantwortung übernehmen, für sich selbst und andere. Allein im deutschen Zivil- und Katastrophenschutz engagieren sich 1,6 Millionen Menschen – 85.000 von ihnen im THW.

Diese ehrenamtlichen Strukturen unterscheidet das THW von anderen Behörden. Das THW besteht zu 98 Prozent aus Ehrenamtlichen. 85.000 Menschen engagieren sich auf freiwilliger Basis im THW. Hinzukommen ca. 2.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Bundesfreiwilligendienstleistende. Gemeinsam bilden sie das Fundament des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland. Insbesondere die ehrenamtlichen Einsatzkräfte bringen eine beeindruckende Vielfalt an Fähigkeiten und Erfahrungen mit – sowohl beruflicher Natur als auch persönlich – die das THW zu einer hoch effizienten und flexiblen Organisation machen. Diese Vielfalt bereichert die interne Zusammenarbeit und stärkt das Gemeinschaftsgefühl im THW. So wird jede Herausforderung zu

einer Gelegenheit, von den unterschiedlichen Stärken und Perspektiven innerhalb der Organisation zu lernen und zu profitieren.

Seit dem 01.07.2023 stehe ich als Präsidentin an der Spitze des THW, der zentralen deutschen Zivil- und Katastrophenschutzorganisation des Bundes. Das THW hat den gesetzlichen Auftrag, die deutsche Zivilbevölkerung in Unglücksfällen und Katastrophenlagen zu schützen und so die europäische und internationale Sicherheitsarchitektur zu stärken. Seit nahezu 75 Jahren leistet das THW technische Hilfe, etwa bei Stromausfällen, Überflutungen oder Extremwetterereignissen, wie zuletzt bei den Sturmfluten am 20. und 21. Oktober 2023 in Schleswig-Holstein. Die Einsatzfelder des THW sind vielfältig, die Erwartungen entsprechend hoch. Um seinem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden, entwickelt sich das THW daher stetig weiter. Es beobachtet gegenwärtige Gefahren- und

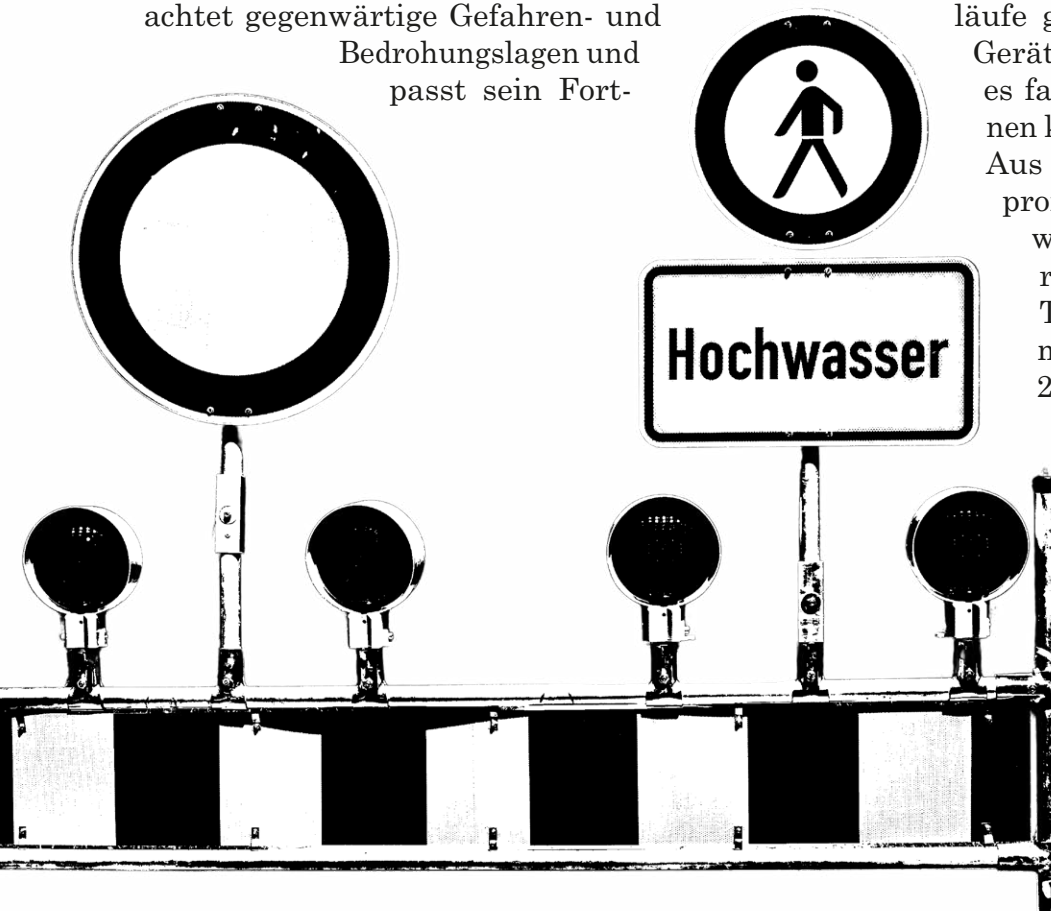
Bedrohungslagen und passt sein Fort-

und Weiterbildungsangebot entsprechend an. Schließlich sollen die ehrenamtlichen Einsatzkräfte im Ernstfall handlungssicher und kompetent agieren können. Auch die Ausrichtung der Einsatzgrundlagen, die personellen Ressourcen sowie die materielle Ausstattung basieren auf den wandelnden Erwartungen von Politik und Gesellschaft.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt: In Notlagen rückt die Bevölkerung zusammen. Katastrophen wie die Überflutung des Ahrtals im Juli 2021 inspirierten ein bewundernswertes Maß an Menschlichkeit und Zusammenhalt. Die Unterstützung aus der Zivilbevölkerung war enorm. Hunderte Spontanhelferinnen und Spontanhelfer reisten aus ganz Deutschland – zum Teil sogar aus dem Ausland – an, um den Menschen vor Ort zu helfen. Diese Hilfsbereitschaft ist beispiellos. Doch es ist ebenso wichtig, dass diese Hilfeleistungen kanalisiert und in professionelle Strukturen und Abläufe gelenkt werden. Spezielles

Gerät – sowie Einsatzkräfte, die es fachgemäß und sicher bedienen können – sind unverzichtbar. Aus diesem Grund braucht es professionelle Organisationen wie das THW. Insgesamt waren 17.000 Einsatzkräfte des THW vor Ort im Einsatz. Gemeinsam brachten sie über 2,6 Millionen Einsatzstunden auf. Sie suchten nach

Vermissten, pumpten Keller aus, stellten Straßenzüge wieder her und bauten Brücken, um abgeschnittene Ortsteile zu verbinden. Es war unser bislang größter Einsatz, der seitens des Bundesministeriums des Innern und für Heimat mit einer besonderen



Was ist das THW?

Das Technische Hilfswerk (THW) ist eine Bundesanstalt und untersteht damit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat. Der Hauptsitz der Bundesanstalt befindet sich in Bonn. Rund 2.100 Menschen arbeiten hauptamtlich für das THW, wobei die hauptamtlichen Mitarbeitenden nur zwei Prozent der Mitglieder des Technischen Hilfswerks ausmachen – die restlichen 98 Prozent sind ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Dieses Konstrukt ist weltweit einmalig.

Bundesweit gliedert sich das THW in acht Landesverbände. Hinzu kommen 66 Regionalstellen und drei Ausbildungszentren. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sind bundesweit in 668 Ortsverbänden organisiert und über die 66 Regionalstellen mit dem THW verbunden. Die Helferinnen und Helfer stehen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund. Im Jugendverband des THW (THW-Jugend e. V.) engagieren sich bundesweit rund 16.000 Jugendliche. Darüber hinaus ist das THW mit allen Akteuren des Bevölkerungsschutzes gut vernetzt.

Welche Aufgaben hat das THW?

Zu den Aufgaben des Technischen Hilfswerks gehören die technische Hilfe im Zivilschutz, Einsätze und Maßnahmen im Ausland sowie die Hilfe bei der Bekämpfung von Katastrophen, öffentlichen Notständen und Unglücksfällen größeren Ausmaßes. Das THW kann tätig werden, sobald die für die Gefahrenabwehr zuständige Stelle seine Hilfe anfordert.

Ehrenamtliche organisieren, retten und leisten humanitäre Soforthilfe im In- und Ausland. Die Hauptamtlichen haben die Aufgabe, diese Einsätze zu koordinieren, zu konzipieren, Produkte, Richtlinien oder Dienstleistungen zu erstellen und umzusetzen.

Geschichte des THW

Am 22. August 1950 wurde das Technische Hilfswerk gegründet. Damals vereinbarten der damalige Bundesinnenminister Gustav Heinemann und Otto Lummitzsch den Aufbau eines zivilen Ordnungsdienstes. Otto Lummitzsch war nicht nur der Gründer des THW, sondern auch der erste Präsident des Technischen Hilfswerks. 1953 wurde das THW durch einen Errichtungserlass des Bundesinnenministeriums zur Bundesanstalt. Mit den Reparaturarbeiten nach der Sturmflut in den Niederlanden begannen die Auslandseinsätze des THW. Weitere wichtige Ereignisse in der Geschichte des THW waren die Sturmflut 1962 in Hamburg und die Hilfe in den USA 2005 nach dem Hurrikan Katrina. Seit 2008 engagiert sich das Technische Hilfswerk auch in der Sicherheitsforschung.

Quelle: Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) (2024): THW. https://www.thw.de/DE/THW/thw_node.html [01.08.2024].

Auszeichnung gewürdigt wurde. Denn dieses Level an Einsatzbereitschaft ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist das Produkt eines funktionierenden Teamgefüges und der Motivation jedes einzelnen Helfers und jeder einzelnen Helferin, einen bedeutsamen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten.

Die ehrenamtlichen Einsatzkräfte des THW repräsentieren einen Querschnitt der Gesellschaft. Vertreten sind alle Altersgruppen, Geschlechter, Berufsbilder und kulturelle Hintergründe. Dieser Erfahrungsschatz macht das THW als Einsatzorganisation zu einem dynamischen Akteur im Zivil- und Katastrophenschutz und fördert darüber hinaus das Gemeinschaftsgefühl. Denn ungeachtet des Alters und körperlicher Einschränkungen findet jeder seinen Platz im THW, sei es in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, in der Verwaltung oder als Koch bzw. Köchin in der Verpflegung. Das THW ist so bunt und divers wie die Gesellschaft selbst. Alle sind willkommen. Diese Offenheit macht das THW nicht nur zu einer effektiven Einsatzorganisation, sondern auch zu einem Symbol für gelebte Solidarität und Zusammenhalt.

Das THW setzt sich aktiv für Vielfalt in Haupt- und Ehrenamt ein. Wir sind stolzer Unterzeichner der Charta der Vielfalt. Wir möchten Diversity in unserer Organisation wertschätzen, unterstützen und voranbringen. Wir setzen uns für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung aller Menschen ein. Als Zeichen dafür haben wir zum Pride Month die Regenbogenflagge am Standort der THW-Leitung in Bonn gehisst. Auch intern haben wir verschiedene Maßnahmen zur kulturellen Öffnung etabliert. Arbeitsgruppen und Austauschformate für queere Menschen tragen dazu bei, das THW in Sachen Diversity weiterzuentwickeln. Wir möchten vorangehen, statt hinterherzulau-

fen. Schließlich zeigen soziodemographische Trends, dass Deutschland immer vielfältiger wird. Das möchten wir auch verstärkt im THW abbilden.

Mithilfe von gesonderten Werbekampagnen und internen Maßnahmen wie einem bundesweiten Helferinnentag, bei dem sich weibliche Einsatzkräfte untereinander vernetzen, austauschen und weiterbilden können, soll die als oftmals männlich wahrgenommene Domäne des technischen Katastrophenschutzes aufgebrochen und diversifiziert werden. Im 21. Jahrhundert sollten wir nicht länger an sexistischen Vorurteilen festhalten. Frauen können Technik. Und zwar sehr gut. Das zeigt sich auch in der steigenden Anzahl an weiblichen Einsatzkräften. Insbesondere in der THW-Jugend e. V. – der Nachwuchsorganisation des THW – ist der Anteil an Mädchen in den letzten Jahren stark gestiegen. Immer mehr Mädchen und Frauen interessieren sich für Technik, immer mehr Mädchen und Frauen finden den Weg zu uns in den Zivil- und Katastrophenschutz.

Außerdem engagiert sich das THW verstärkt für die Integration von Geflüchteten – etwa indem es sie aktiv bei der Aufnahme eines ehrenamtlichen Engagements im deutschen Zivil- und Katastrophenschutz unterstützt. Das Engagement im THW stärkt die technischen, sprachlichen und handwerklichen Fähigkeiten von Geflüchteten; die sozialen Kontakte in der THW-Familie erleichtern es den Neuankömmlingen, in Deutschland Fuß zu fassen. Im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015/2016 passte das THW sein Ausbildungsangebot beispielsweise an, um Barrieren für Geflüchtete abzubauen und ihnen so den Eintritt in das Ehrenamt – sowie die damit einhergehende Integration in die deutsche Gesellschaft – zu erleichtern. Seitdem entwickelt das THW kontinuierlich neue Möglichkeiten,

„Das THW ist so bunt und divers wie die Gesellschaft selbst.“

Geflüchtete in seine Ehrenamtsstrukturen einzubinden. Denn Vielfalt bringt uns weiter. Vielfalt stärkt uns.

Für diese Offenheit und Toleranz steht jede und jeder Einzelne im THW. Mit dem Eintritt bekennen sich sowohl Haupt- als auch Ehrenamtliche zu den Leitsätzen des THW – sie bekennen sich zu Demokratie und Rechtstaatlichkeit, zu einem respektvollen Miteinander, zu einer offenen und transparenten Kommunikation. Mir ist es ein besonderes Anliegen, dass diese Leitsätze aktiv gelebt werden. In Einsätzen, im persönlichen Umgang mit Kameradinnen und Kameraden, aber auch im Privatleben. Denn Kerngedanke der Leitsätze ist es, diese zu verinnerlichen und nach außen zu tragen. Für ein vorbildliches, offenes Miteinander auch über die Grenzen des THW hinaus.

Neben der Bedeutung für die Einzelne oder den Einzelnen fußt auch das THW selbst auf demokratischen Strukturen. Ehrenamtliche Führungspositionen wie Ortsbeauftragte oder Helfersprecher bzw. Helfersprecherin werden mithilfe von Wahlen berufen. Alle Mitglieder haben dieselben Rechte und Pflichten, unabhängig von ihrem beruflichen oder sozialen Hintergrund. Diese demokratischen Prinzipien schaffen nicht nur Transparenz, sondern fördern auch die Mitbestimmung und aktive Beteiligung aller THW-Mitglieder. Die Gleichstellung, unabhängig, von beruflichem oder sozialem Hintergrund stärkt den Teamgeist und sorgt für eine integrative Atmosphäre. Durch regelmäßige Schulungen und Fortbildungen erhalten die Ehrenamtlichen die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu erweitern und sich auf verantwortungsvolle Aufgaben vorzubereiten. Diese demokratischen Werte

sind somit nicht nur ein organisatorisches Prinzip, sondern sie tragen aktiv dazu bei, eine starke und gut ausgebildete Gemeinschaft im Dienst des Zivil- und Katastrophenschutzes zu etablieren.

Dabei ist die persönliche Weiterentwicklung nur eine einzelne Komponente. Im THW schreiben wir Ausbildung groß. Die meisten kommen ohne jegliche Vorkenntnisse zum THW. Alles, was sie für den Einsatz brauchen, lernen sie bei uns. Das ist der Gedanke hinter der Grundausbildung. Diese besteht

„KRITIS-Übungen simulieren hochkomplexe Einsatzszenarien wie flächenweite Ausfälle kritischer Infrastrukturen oder bundesweite Blackouts.“

aus einer in der Regel mehrmonatigen Reihe an Unterrichtseinheiten, in denen Helferanwärterinnen und -anwärter an das THW und den europäischen Zivil- und Katastrophenschutz

herangeführt werden; erst nach bestandener Prüfung dürfen sie in den Einsatz. Doch auch Einsatzkräfte, die sich bereits seit Jahren im THW engagieren, lernen nie aus. Sie absolvieren regelmäßig Übungen und Trainings, bilden sich weiter und wachsen über sich hinaus.

Das Aus- und Fortbildungsangebot wird ständig evaluiert und an aktuelle Bedrohungslagen angepasst. Dabei werden auch komplexere Einsatzszenarien trainiert, damit im Ernstfall jeder Griff sitzt. KRITIS-Übungen simulieren hochkomplexe Einsatzszenarien wie flächenweite Ausfälle kritischer Infrastrukturen oder bundesweite Blackouts. Die Herausforderung: Wie garantieren wir die Sicherheit der Zivilbevölkerung, wenn es keinen Strom, kein funktionierendes Mobilfunknetz, kein fließendes Wasser gibt? Noch sind solche Fälle reine Fiktion. Dennoch ist es wichtig, dass sich Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen wie das THW aktiv auf genau solche Situationen vorbereiten. Nur so kann

die Sicherheit der Gesellschaft langfristig gewährleistet werden.

Dabei geht die Arbeit des THW weit über den konkreten Einsatzfall hinaus. Grundsätzlich sind alle Einsatzkräfte des THW als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Bevölkerungsschutzthemen zu verstehen. Aus diesem Grund ist das THW auf einer Vielzahl an regionalen Veranstaltungen vertreten, wie zuletzt am 4. Bonner Katastrophenschutztag auf dem Münsterplatz, bei dem wir die breite Öffentlichkeit für Themen des Zivil- und Katastrophenschutzes sensibilisiert und dazu befähigt haben, sich selbst in Katastrophenlagen ruhig und handlungssicher zu verhalten. Damit trägt das THW aktiv zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz bei.

Seine Expertise bringt das THW nicht nur im Inland ein, sondern auch im Ausland. Denn Deutschland ist ein angesehener



und gefragter Partner in der internationalen Hilfe und

Zusammenarbeit. Dank gut ausgebildeter Einsatzeinheiten wie der Schnell-Einsatz-Einheit Bergung Ausland (SEEBa) ist das THW in nur wenigen Stunden einsatzfähig. So können großangelegte Auslandseinsätze wie zu Beginn des Jahres in der Türkei realisiert werden, bei dem Einsatzkräfte gemeinsam mit türkischen Rettungskräf-

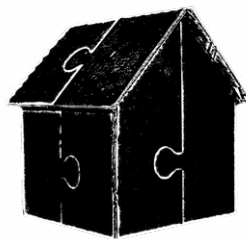
ten eine Frau lebend aus den Trümmern eines eingestürzten Hauses befreien konnten. Ihr Fachwissen geben die Einsatzkräfte des THW durch Kooperationen und Ausbildungsinitiativen an Zivilschutzorganisationen in der ganzen Welt weiter. Kernziel ist es, die Krisenfestigkeit unserer Partner zu stärken und unser Wissen auch über die Grenzen Deutschlands zu streuen.

Der Blick in die Zukunft zeigt, dass das THW mehr denn je gebraucht wird – international wie national. Naturkatastrophen, Flüchtlingskrisen, Pandemien. Die Einsatzfelder und Aufgaben nehmen kontinuierlich zu und verlangen uns einiges ab. Dabei darf eins jedoch nicht vergessen werden: Eine gute Katastrophenvorsorge kostet Geld. Adäquate Liegenschaften, modernes Equipment, robuste Fahrzeuge, gute Ausbildungsmedien und Übungsplätze sowie finanzielle Mittel zur Werbung und Ausstattung von neuen Einsatzkräften – all das unterscheidet zuverlässige Unterstützungs- und Hilfeleistungen in Not-situationen von einer unvorstellbaren Katastrophe. Nur wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann das THW auch in Zukunft als Rückgrat des deutschen Bevölkerungsschutzes agieren und effektiv dazu beitragen, ein umfassendes Sicherheitsbewusstsein in der Bevölkerung herzustellen und ihre Krisenfestigkeit zu stärken.

Und natürlich braucht es auch weiterhin engagierte, motivierte Ehrenamtliche. Ohne sie wäre der deutsche Zivil- und Katastrophenschutz undenkbar. Sie opfern ihre Freizeit, ihre Kraft, ihr Herzblut – für den Schutz der Bevölkerung, für das Gemeinwohl. Das Ehrenamt ist und bleibt eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Es trägt aktiv zu einer kulturell homogenen Wertegemeinschaft bei, stärkt die soziale Gerechtigkeit und Inklusion innerhalb der Gesellschaft und bildet den Rückhalt für eine partizipa-

tive Demokratie. Wir alle sollten unseren Beitrag dazu leisten, dass ehrenamtlich getragene Organisationen wie das THW uns auch weiterhin in Notsituationen und Gefahrenlagen schützen können.

Denn eins ist sicher: Die Bedrohung durch großflächige Blackouts und andere Einschnitte in unseren Alltag wird uns auch weiterhin begleiten. Daher ist es wichtig, dass das THW auch in Zukunft jederzeit einsatzbereit ist. Dazu braucht es ausreichende finanzielle Mittel, Rückhalt aus der Politik und Menschen, die sich auch in Zukunft in den Dienst der Gesellschaft stellen. Denn ohne das Ehrenamt gäbe es das THW nicht. Die Anerkennung und Wertschätzung aus Politik und Gesellschaft motiviert die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, ihr Engagement aufrechtzuerhalten. Daher ist es von großer Bedeutung, dass das Bewusstsein für die Notwendigkeit des THW in der Bevölkerung gestärkt wird, um eine solide Basis für die Zukunft des deutschen Zivil- und Katastrophenschutzes zu schaffen. Denn nur gemeinsam können wir uns den aktuellen Bedrohungen unserer Gesellschaft stellen. Nur gemeinsam können wir Katastrophen standhalten.



Über Generationen und Kulturen hinweg

Austausch und Begegnung im Mehrgenerationenhaus Bochum

Interview mit Ayse Ertürk

Immer mehr Kommunen in Deutschland setzen auf Mehrgenerationenhäuser. Wie kam es zu der Gründung des Mehrgenerationenhauses im Bochumer Stadtteil Dahlhausen?

Das Stadtteilzentrum Dahlhausen gibt es schon seit 1998. Erbaut wurde es vom Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit (IFAK e. V.) mit Unterstützung der Stiftung für Wohlfahrtspflege NRW. Damals waren wir noch kein Mehrgenerationenhaus. Aber das Konzept, Generationen zu verbinden, war im Grundgedanken eigentlich schon da. Gestartet sind wir tatsächlich mit der Seniorenarbeit, unter anderem mit Gastarbeiterfamilien. Wir waren hier der erste Träger mit Angeboten für deutsche und nichtdeutsche Senioren und deren Familien. Im Haus befindet sich noch das Kinder- und Jugendfreizeithaus, denn mit der Kinder- und Jugendarbeit waren wir bereits vor-

her im Stadtteil aktiv. Dieses Jahr feiert die IFAK e. V. 50-jähriges Jubiläum. Das ist auch das Alleinstellungsmerkmal für alle Mehrgenerationenhäuser in NRW: Jung und Alt helfen einander und lernen entweder voneinander oder miteinander. Das ist das Grundgerüst. Es gibt jedoch verschiedene Formen von Mehrgenerationenhäusern. Beispielsweise gibt es welche, in denen die Menschen auch wohnen können, solch ein Haus sind wir jedoch nicht.

2008 wurden wir in das Bundesprogramm der Mehrgenerationenhäuser aufgenommen und erhielten im selben Jahr eine Auszeichnung als Leuchtturmhaus für Migration. Die Förderung wurde im Laufe der Jahre von 350 auf 530 Häuser aufgestockt. In Nordrhein-Westfalen stehen 65 davon.

Mit einem Mehrgenerationenhaus werden sowohl diverse Generationen als auch Kulturen angesprochen. Welche konkreten Angebote stehen für das Miteinander bei Ihnen zur Verfügung?

Wie geht man mit dem um, was man nicht kennt? Alles, was fremd ist, macht Angst. Und wenn man das Fremde nicht kennenlernen kann, dann wird die Angst irgendwann größer und größer. Für uns ist einer der Wege dagegen, die Menschen zusammenzubringen, damit sie sich kennenlernen und sehen, dass sie viel mehr Gemeinsamkeiten haben als Unterschiede. Daher bieten wir verschiedene Angebote an, die generationenverbindend stattfinden.

Das *Offene Café* ist mindestens 20 Stunden in der Woche geöffnet und das Herz unseres Hauses und kann für Begegnung und Austausch genutzt werden. Beim Nachbarschaftsfrühstück haben wir wechselnde Themen, die zur Prävention und Aufklärung verschiedener aktueller Sachverhalte oder Gesetzesänderungen dienen. Dabei können sich die Menschen einbringen und informieren. Es geht zum Beispiel um Pflege, Rente, Wohngeldreformen und andere Themen, die aus den Besucherbefragungen ermittelt werden. Wir haben Kochworkshops, an denen alle Generationen teilnehmen können. Neben den Workshops bieten wir auch Eltern-Kind-Kochnachmittage an. Uns ist wichtig: nicht nur Familien, sondern auch einzelne Menschen können teilnehmen und Speisen aus anderen Kulturen kennenlernen, die wir gemeinsam kochen, zubereiten und an der langen Tafel essen.

Auch Kreativ- und Spielenachmittage werden sehr gerne von unseren Besucher*innen genutzt, um das Miteinander im Quartier zu leben. Zudem kommen unsere Kulturveranstaltungen immer sehr gut an. Da gibt es ganz niedrigschwellig eine Art Input über ein bestimmtes Land und

die Lebensweisen dort. Dann versuchen wir auch sehr authentisch die Speisen zu kochen und anzubieten. Außerdem organisieren wir Musiker*innen, die zu diesem Land die passende Musik spielen. Bei dem gemeinsamen Fest haben die Familien die Möglichkeit, diese Kultur kennenzulernen und in den Austausch zu gehen.

Oft haben ältere Menschen Schwierigkeiten mit ihrem Smartphone, Tablet, Laptop oder PC. Wir organisieren gezielt Hilfe von jungen Menschen für unsere älteren Besucher*innen.

„Wie geht man mit dem um, was man nicht kennt? Alles, was fremd ist, macht Angst. Und wenn man das Fremde nicht kennenlernen kann, dann wird die Angst irgendwann größer und größer.“

Unsere *Werkstatt Vielfalt*, bestehend aus dem Reparatur-Café und der Fahrradwerkstatt, ist für alle Generationen eingerichtet worden und wird sehr gerne genutzt. Unter dem Motto „Reparieren statt Wegwerfen“ wollten wir uns dem

Thema Nachhaltigkeit widmen und uns gegen die Verschwendung von Ressourcen positionieren. Besucher*innen können ihre Geräte vorbeibringen und erfahrene Techniker*innen und Elektriker*innen schauen sich diese dann an. Die Fahrradwerkstatt findet wöchentlich statt und hier werden Fahrräder repariert und wieder fit gemacht. Wir haben mittlerweile aus der Fahrradwerkstatt ein neues Projekt ins Leben gerufen: eine Fahrrad-Ausleih-Station, bei der sich Familien gegen eine Kautions-Fahrräder ausleihen und Fahrradtouren an der Ruhr unternehmen können.

Wir sind gut vernetzt hier im Stadtteil. Zu den Vereinen und Organisationen haben wir einen guten Draht und wir sind verknüpft mit Kitas und Schulen im Sozialraum. Dadurch können wir auch gezielt Menschen ansprechen. Verschiedene Veranstaltungen finden mit Kooperationspartner*innen im Stadtteil statt, wie zum

Ayşe Ertürk

ist diplomierte Sozialpädagogin und Sozialarbeiterin und leitet das Mehrgenerationenhaus Stadtteilzentrum Dahlhausen in Bochum. In ihrer Rolle verantwortet sie die Leitung und Koordination der vielfältigen Programme und Aktivitäten des Zentrums. Zudem ist Ayşe Ertürk Vorstandsmitglied im Bundesnetzwerk Mehrgenerationenhäuser e. V. und Mitglied in der Landesarbeitsgemeinschaft der Mehrgenerationenhäuser in NRW.



Foto: Privat

Beispiel das Osterbasteln mit den Kindern unseres Hauses und Senior*innen des Rosalie-Adler-Seniorenzentrums der AWO. In der Grundschule Dahlhausen haben wir mit Kooperationspartner*innen ein Eltern-Kind-Café installiert, in dem wir uns einmal im Monat treffen und gemeinsame Nachmittage verbringen. In diesem Projekt geht es um die Stärkung der Elternkompetenz und der Beziehung zu ihren Kindern.

Zu unseren Angeboten kommen so zwischen 30 bis 50 Menschen täglich. Wenn wir besondere Veranstaltungen haben, kann es auch mal sein, dass wir über 200 bis 300 Menschen hier haben, wie zum Beispiel bei unserem jährlichen Fest zum Internationalen Tag der Nachbarschaft.

Ein solch großes Projekt wie ein Mehrgenerationenhaus benötigt ein vielfältiges Team. Aus welchen Mitarbeitenden setzt sich Ihr Team zusammen?

Unser multikulturelles Konzept spiegelt sich tatsächlich in der Zusammensetzung unserer Teams wider. Bewusst arbeiten hier Menschen unterschiedlicher Herkunft in verschiedenen Bereichen zusammen. Bei uns sind die Menschen als Mensch willkommen und wir schauen nicht

auf die Unterschiede, sondern auf die Gemeinsamkeiten.

Jedes Haus ist in dem Punkt wahrscheinlich anders konzipiert. Was jedoch alle gemeinsam haben, sind die ehrenamtlichen Mitarbeitenden, die auch aus dem Stadtteil kommen, Multiplikator*innen sind und auch andere Sprachen sprechen.

Und das ist das Schöne, dass die Häuser diese Potenziale auch nutzen können. Ohne das bürgerschaftliche Engagement würden unsere

Häuser nicht so viele Angebote und die Öffnungszeiten vorhalten können. Wir haben während der Corona-Zeit auch Rückschläge gehabt. Auch wenn wir versucht haben, uns da gegenseitig zu unterstützen, sind uns in dieser Zeit leider einige Ehrenamtliche verloren gegangen. Aber mittlerweile sind wir wieder dabei, das aufzubauen. Viele Menschen wollen unterstützen und sich engagieren. Das ist wirklich toll.

Hauptamtlich bin ich die Einzige, wobei meine Stelle von vier verschiedenen Projekten gefördert wird, und im Kinder- und Jugendfreizeithaus ist noch ein Kollege in Vollzeit und eine Kollegin mit einer halben Stelle beschäftigt. Wir haben noch Zusatzkräfte oder Ehrenamtliche sowie soziale Teilhabe, zum Beispiel über die Eingliederung des Jobcenters. Aber das Ehrenamt braucht Koordination und Begleitung. Viele Menschen, die hierherkommen, wollen sich engagieren, aber sie wollen nicht die komplette Verantwortung übernehmen und alles selber organisieren. Ich koordiniere das Ehrenamt und das ist mit meinem Stundenkontingent nicht mehr alleine zu stemmen. Die Finanzierung des Mehrgenerationenhauses mit 40.000 Euro im Jahr reicht noch nicht einmal für eine volle Stelle. Und davon ist noch kein Druckerpapier, kein Stift

oder sonst etwas gekauft. Da ist auf jeden Fall Potenzial nach oben.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert sich stetig und auch die Entfremdungstendenzen innerhalb der Gesellschaft nehmen zu. Wie gelingt es einem Mehrgenerationenhaus die entstandenen Gräben zwischen den Generationen und Kulturen zu schließen?

Wir stehen für das „Miteinander und Füreinander“ in Bochum und in unserem Stadtteil. Viele Vorurteile und Ängste finden in unseren Köpfen statt und Menschen sind anderen gegenüber verschlossen und leben für sich und in ihrem gewohnten Umfeld. Wir sorgen dafür, dass die Menschen sich gemeinsam an einen Tisch setzen und „andere Kulturen“ kennenlernen. Wir können Vorurteilen oder Ängsten nur begegnen, indem die Menschen sich ein eigenes Bild machen und erleben, dass die Menschen aus anderen Kulturen ähnliche Themen haben wie sie und wir mehr Gemeinsamkeiten haben als Unterschiede. Bei unseren Kulturabenden feiern wir gemeinsam Feste und lernen andere Kulturen kennen. Authentisch versuchen wir die Kultur, wie Musik, das Essen und die Lebensweise verschiedener Länder darzustellen. Bei diesen Veranstaltungen haben die Menschen die Möglichkeit, interessante und interkulturelle Begegnungen zu erleben. Auch bei Veranstaltungen zum interreligiösen Dialog haben wir die Möglichkeit, Gemeinsamkeiten der verschiedenen Religionen zu erfahren. Dazu haben wir in der Vergangenheit mit der katholischen und evangelischen Kirche, Vertreter*innen des Islams und der alevitischen Gemeinde verschiedene Veran-

staltungen gemacht. Für mich ist es gang und gäbe, die Angebote zweisprachig oder manchmal sogar dreisprachig durchzuführen.

In Bochum finden regelmäßig jugendpolitische Veranstaltungen für junge Menschen statt, bei denen sie die Möglichkeit bekommen, Politiker*innen zu treffen, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Im Austausch mit Politiker*innen können sie Zusammenhänge im politischen Geschehen erkennen und verstehen. Dadurch sollen auch Hemmnisse abgebaut werden. Das Besondere dabei ist, Toleranz und Kritikfähigkeit zu vermitteln und zu stärken, damit sie sich weiterentwickeln, aktiv einbringen

und politisch beteiligen. Schon bei Entscheidungen im Haus wird demokratisch entschieden. Diese Veranstaltungen werden gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Offenen Türen (AGOT), der Stadt Bochum und dem Kinder- und Jugendring organisiert und umgesetzt.

„Seit vielen Jahren fördern wir vorurteilsfreie Begegnung, bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Demokratie, Menschenrechte und gelebte Vielfalt sind unsere Grundwerte.“

Seit vielen Jahren fördern wir vorurteilsfreie Begegnung, bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Demokratie, Menschenrechte und gelebte Vielfalt sind unsere Grundwerte. Gerade in der aktuellen politischen Situation ist uns wichtig, Menschen aller Generationen und mit allen kulturellen Hintergründen unsere Demokratie nahezubringen und sie an Politik teilhaben zu lassen.

Die unterschiedlichen Generationen und Kulturen bieten Raum für Konfliktpotentiale. Auf welche Herausforderungen stoßen Sie in Ihrem Alltag?

Natürlich sehen wir, dass die junge Generation und die älteren Generationen nicht immer gleicher Meinung sind und sich auch nicht immer von dem Gegenüber verstanden fühlen. Das birgt Konfliktpotentiale. Aber wie bereits erwähnt, sorgen wir für den generationenverbindenden Austausch, indem wir gemeinsame Aktivitäten oder Aktionen organisieren. Durch den Austausch und die Begegnung können wir für mehr Verständnis und Toleranz sorgen. Dadurch, dass die Menschen sich bei uns auch einbringen und entfalten können, gehen wir auf die Bedarfe der Menschen ein und entscheiden oft demokratisch, welche Vorschläge umgesetzt werden. Wir leben Demokratie vor und ermöglichen so auch die Beteiligung und Mitbestimmung unserer Besucher*innen im Mehrgenerationenhaus.

Die Pandemie war da die größte Herausforderung. Es war beängstigend zu sehen, wie die Menschen auf die Situation reagiert haben. Wir haben so gut es ging versucht die Menschen zu unterstützen. Dennoch habe ich das Gefühl, dass die lange Isolation vielen wirklich zugesetzt hat. Es ist sehr schwierig den Menschen aus der Einsamkeit zu helfen. Und dennoch versuchen wir den Kontakt wieder auf-

Konflikten geführt und daran sind auch Familien zerbrochen. Wir wollten den Menschen dann wieder einen Ort geben, wo sie sich zu diesem Thema, und natürlich auch zu allen anderen Themen, austauschen und mehr Toleranz für ihr Gegenüber und dessen Meinung entwickeln konnten.

Aber wenn die Menschen sich nicht einig sind, dann können sie auch auseinandergehen und sich zurückziehen, ohne sich unbedingt einig zu werden. Ich glaube, diesen Raum muss man den Menschen auch lassen. Es wäre wahrscheinlich eine Utopie zu sagen, es gibt überhaupt keine Konflikte oder alles ist heiter. Die Türen des Hauses sind jedoch immer offen. Jeder kann kommen, wann er möchte und zu welchem Angebot er möchte.

Mehrgenerationenhäuser werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Inwieweit profitiert das Mehrgenerationenhaus in Dahlhausen von einer solchen Förderung? An welcher Stelle bedarf es verstärkter Unterstützung?



zubauen, auch wenn es sehr schwierig geworden ist. Das Impfen hat zu sehr vielen

Wir sind froh, dass wir eine Förderung vom Bundesministerium erhalten. Das ist das Grundgerüst. Allerdings ist es tatsächlich eine geringe Finanzierung, die in der aktuellen Situation nicht ausreicht für die Vielfalt an Aktionen und Veranstaltungen, die in den Mehrgenerationenhäusern stattfinden. Wir sind mit 65 Mehrgenerationenhäusern in NRW das zweitstärkste Bundesland in Deutschland. Die Kommunen haben

sich zu uns Mehrgenerationenhäusern bekannt und alle Häuser erhalten eine Kofi-

Was sind Mehrgenerationenhäuser?

Mehrgenerationenhäuser (MGH) sind öffentlich zugängliche Räume innerhalb eines Stadtteils. Die Angebote und Veranstaltungen werden von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden aus den Stadtteilen koordiniert. Menschen aus dem Stadtteil können die Angebote wahrnehmen und sich auch selbst einbringen. Ziel der Mehrgenerationenhäuser ist es, einen Ort der Begegnung für Menschen aus dem Stadtteil zu schaffen und verschiedene Generationen zusammenzubringen.

Aufbau und Finanzierung

- Die Idee der Mehrgenerationenhäuser wurde 2006 von der Bundesregierung ins Leben gerufen und vom federführenden Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) umgesetzt.
- Seit 2006 ist die Zahl der Mehrgenerationenhäuser bundesweit auf 530 Standorte gestiegen.
- Die Standorte werden von 2021 bis 2028 durch das Bundesprogramm „Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ vom BMFSFJ gefördert.
- Pro Mehrgenerationenhaus gibt es maximal 40.000 Euro vom Bund als Bundeszuschuss und eine Kofinanzierung durch die Kommune, den Landkreis und/oder das Land in Höhe von 10.000 Euro.

Mehrgenerationenhaus und Mehrgenerationenwohnen – was ist der Unterschied?

- Ein Mehrgenerationenhaus bietet einen nachbarschaftlichen Raum, in dem sich alle Bewohnerinnen und Bewohner der Umgebung zu gemeinsamen Veranstaltungen treffen können.
- Mehrgenerationenwohnen ist ein Wohnprojekt, bei dem Menschen unterschiedlichen Alters in einer Gemeinschaft zusammenleben.

Quellen:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Ein Ort der Begegnung – die Mehrgenerationenhäuser im Bundesprogramm.

<https://www.mehrgenerationenhaeuser.de/mehrgenerationenhaeuser/was-ist-ein-mehrgenerationenhaus> [01.08.2024].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2022): Mehrgenerationenhäuser. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/mehrgenerationenhaeuser/mehrgenerationenhaeuser-74018> [01.08.2024].

finanzierung, welche auch die Grundvoraussetzung für eine Förderung ist. Allerdings fühlen wir uns vom Land NRW vernachlässigt, denn wir sind eines von zwei Ländern, die den Mehrgenerationenhäusern keinen Landeszuschuss gewähren. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Mehrgenerationenhäuser wünscht sich, dass NRW auch die Verantwortung für die Häuser übernimmt. Die Wirkung der Mehrgenerationenhäuser in NRW ist sehr groß, aber immer noch verkannt. Die Häuser bedienen viele Themen, die momentan gesellschaftspolitisch eine Rolle spielen. Die Bedarfe in der aktuellen Situation sind sehr groß, aber mit der Finanzierung und der Personalstruktur sind sie kaum zu bewältigen.

Als es im vergangenen Jahr um die Haushaltskürzungen ging, wären die Mehrgenerationenhäuser mit 5 Prozent betroffen gewesen. 5 Prozent pro Haus hätte für uns 2.000 Euro weniger bedeutet. Diese 2.000 Euro nutzen wir beispielsweise für Aufwandsentschädigungen für bürgerschaftlich Engagierte. Einige Mehrgenerationenhäuser haben wirklich um ihre Existenz gebangt, vor allem jene mit kleinen Trägern, die ihre Häuser nur mit diesem Geld betreiben. Wenn ein großer Träger dahintersteht, hat man natürlich andere Möglichkeiten.

Auch wenn es nun keine Kürzung der Gelder gab, wurde trotzdem nie etwas aufgestockt. Wenn man sich die Inflation und den Krieg anschaut und wie alles teurer wird, dann müsste sich eigentlich auch da etwas verändern.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Mehrgenerationenhäuser und auch für die Zukunft der Gesellschaft als solche?

Was ich mir wünschen würde, ist, dass wir als Einrichtung nicht jedes Jahr immer neue Anträge stellen müssen. Wir wünschen uns verlässliche Strukturen und dass wir als feste Institutionen anerkannt werden, denn bisher ist das Programm befristet. Wir Mehrgenerationenhäuser in NRW wünschen uns die Anerkennung als ein NRW-Programm. Die Häuser verdienen die Wertschätzung ihrer wertvollen, intergenerativen und interkulturellen Arbeit im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik. Mehrgenerationenhäuser sind Leuchttürme und NRW hat 65 Häuser, die im Land wirken.

Das Konzept „Mehrgenerationenhaus“ leben wir hier. Als Kind von Gastarbeitern weiß ich, wie wichtig es ist, Brücken zwischen den Menschen und den Kulturen zu bauen. Diese Themen bewegen mich schon seit meiner Kindheit. Ich setze mich gerne dafür ein, dass Menschen zusammenkommen und irgendwann ihre kulturellen Unterschiede in den Hintergrund wandern. Denn das Wichtigste in unserem Haus ist die Teilhabe der Menschen an allen Dingen, die hier stattfinden: Politische, gesellschaftliche, kulturelle und soziale Teilhabe.

„Die Bedarfe in der aktuellen Situation sind sehr groß, aber mit der Finanzierung und der Personalstruktur sind sie kaum zu bewältigen.“



Die Kinder und Jugendlichen können auf ein breites Freizeitangebot in der Einrichtung zurückgreifen.



Im Untergeschoss befindet sich der Jugendtreff.

Das Mehrgenerationenhaus

im Bochumer Stadtteil Dahlhausen



Das Herzstück des Hauses ist der großzügige Aufenthaltsbereich.

Auch selbstorganisierte Gruppen und Aktivitäten finden ihren Platz im Mehrgenerationenhaus.





Generationen und Kulturen im Mehrgenerationenhaus Bochum.



Das interkulturelle Team um Ayse Ertürk (links im Bild) hat immer ein offenes Ohr für seine Besucherinnen und Besucher.



Ein Seminarraum im Mehrgenerationenhaus.

Das Haus bietet ein abwechslungsreiches Programm für verschiedene Alters- und Interessengruppen.



[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)



Next Level

Gaming als kreatives Miteinander

Interview mit Christian Esch

Als Direktor vom NRW KULTURsekretariat sind Sie unter anderem für die Kulturentwicklung zuständig. Wie kommt es, dass Sie sich sowohl politisch als auch pädagogisch mit dem Thema Gaming befassen?

Das hängt mit unserem kulturellen und künstlerischen Ansatz zusammen. Wir als NRW KULTURsekretariat fördern in Kooperation mit Städten Kultur, die nicht ohnehin schon überall stattfindet. Dies tun wir auf den verschiedensten Förderfeldern, viel auch im performativen Bereich, beispielsweise im Theater. Da stellen sich immer wieder Fragen nach sogenannten Narrativen. Wie funktioniert klassische Dramaturgie, wie funktioniert eine non-lineare Dramaturgie? Wie funktioniert Interaktivität und Partizipation auf oder mit der Bühne? Solche Fragen führen unweigerlich auch zu den Medien, in denen Performatives stattfindet. Dazu



Dr. Christian Esch

ist seit 2004 Direktor des NRW KULTURsekretariats. Nach seinem Studium der Musikwissenschaft, Germanistik und Philosophie in Frankfurt am Main und Göttingen wirkte er viele Jahre als Musiktheater- und Schauspiel dramaturg. Dr. Esch leitet seit 2021 als erster Vorsitzender die Initiative für die Kultur in Deutschland e. V.

Finger aufgrund der damals auch noch sehr präsenten Amokläufe und vielen anderen Dingen, die in der Wahrnehmung stark mit Videogames in Verbindung gebracht wurden – manchmal nicht ganz zu Unrecht, aber in dieser Pauschalität problematisch.

Wir haben uns deswegen, und weil wir uns überhaupt zunehmend mit Digitalität befassen, mit diesen Computerspielen vor allem unter künstlerischen Gesichtspunkten befasst.

Wie darf man sich das vorstellen? Wie unterscheiden sich Ihre bisherigen Themenfelder von der Videospielbranche?

Ich würde sagen, der Unterschied ist so groß, wie er generell zwischen der analogen, traditionellen und der digitalen neuen Welt ist, um es mal sehr pauschal auszudrücken. Wenn man sich mit Kultur befasst, beschäftigt man sich natürlich auch mit den Dingen, die eine Rolle im kulturellen Miteinander spielen. In der Kulturpraxis und auch für die Theaterbranche war es Neuland, was es aber nicht bleiben sollte. Immersion und virtuelle Aspekte spielten damals natürlich auch noch eine sehr viel geringere Rolle als heute, aber sie waren eben schon auf dem Schirm und konnten also auch wahrgenommen werden. Und insofern haben wir versucht, das ins Zentrum der Wahrnehmung zu rücken. Wir haben neben dem Next Level Festival for Games auch noch ein zweites Festival, das Impulse Theater Festival. Beide ergänzen sich gut: Einmal rücken wir die freie Theaterszene im deutschsprachigen Raum in den Mittelpunkt, das andere Mal die Computerspiele mit ihren performativen Anteilen.

Im Jahr 2022 gaben 54 Prozent der deutschen Bevölkerung an, regelmäßig Computer- oder Videospiele zu konsumieren. Was macht die Faszination an den Spielen aus?

„Die Community ist ein interaktiver, oft auch sozialer Prozess des Austauschs. Und es gibt unterschiedlichste Games, die häufig sozialen Praktiken und sogar Projekten gleichen.“

Was ich erlebe und was ich im Umfeld und in der Games-Szene wahrnehme: Viel hat es damit zu tun, dass man zunächst mal Akteur ist. Dass man sich selbst spürt als jemand, der eine Wirkung erzielt. Das würde ich als den Ausgangspunkt beschreiben. Die Games-Szene bewegte sich anfänglich – das hat sich geändert – in einem isolierten Umfeld. Über das Medium des Games gab es die Möglichkeit, in der Isolation mit sich selbst einen Dialog zu führen. Aber als zweites Moment kommt natürlich auch das Miteinander, die Community, dazu. Diese ist

abstrakt, gleicht aber an bestimmten Stellen einer sozialen Community und ist in gewisser Weise demselben Ziel verschrieben: miteinander zu spielen. Die Community ist ein interaktiver, oft auch sozialer Prozess des Austauschs. Und es gibt unterschied-

lichste Games, die häufig sozialen Praktiken und sogar Projekten gleichen.

Die Games-Szene fungiert als ein sehr niedrigschwelliger Ort des Austauschs und setzt sich über Alters-, Bildungs-, und Kulturgrenzen hinweg. Wie trägt sie darüber hinaus zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei?

Games werden als eine super Sache gesehen, als ein Wirtschaftsfaktor, als etwas, das die Community oder die Menschen zusammenhält, als etwas, das auch politische Bildung und vieles mehr ermöglicht. Aber ich möchte schon darauf hinweisen, dass das nicht durchgängig richtig ist. Computerspiele sind nicht nur unproblematisch, so wie sie jetzt überwiegend gesehen werden, während sie vor Jahren noch als durchweg gefährlich galten.

Aber um Ihre Frage zum sozialen Zusammenhalt zu beantworten: Am ehesten funktioniert das soziale Miteinander über sozial und politisch relevante Themen. Umgekehrt: Ballerspiele tragen wenig bis nichts dazu bei, anders als beispielsweise die gemeinsame Entwicklung eines Spiels. Spieleentwickler bilden eine Gemeinschaft, indem sie sich gemeinsam die Games vornehmen und die Anwendungen miteinander durchgehen und entwickeln. Darin kann man einen Faktor des Zusammenhalts sehen in einem zwar besonders stark von Wirtschaftsinteressen dominierten Raum, der eben auch Entwicklungs- und Sozialraum sein kann. In Deutschland haben wir allerdings die wenigsten kommerziellen Entwickler trotz einer besonders großen Userzahl, schon wegen unserer Bevölkerungszahl.

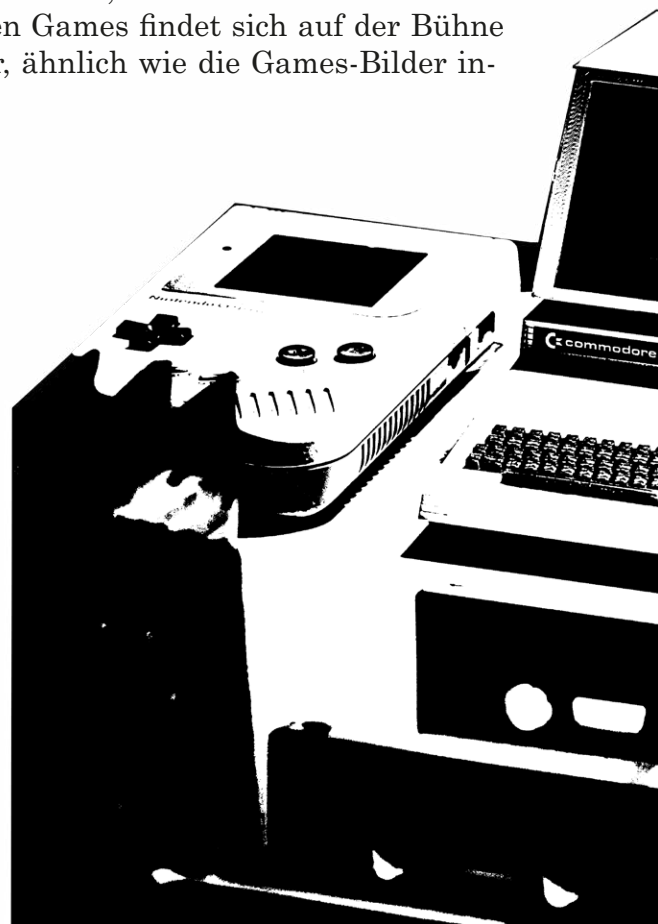
Bezogen auf die Community gibt es aber auch eine Ambivalenz. Zwar gibt es soziale und kommunizierende Systeme, was grundsätzlich erstmal ein Vorteil zu sein scheint. Aber es gibt zum Beispiel auch viel Rechtsextremismus in der Games-Szene, mehr als man glaubt. Wir haben auf unserem Festival immer wieder thematisiert, welche Schwierigkeiten auf der politischen Ebene damit einhergehen. So wie die Rechtsextremen TikTok nutzen, also beim Thema Social Media weit vorne sind, so sind sie eben auch in der Games-Szene aktiv. Wir müssen es deswegen genau wie bei Social Media machen: Den Stier bei den Hörnern packen, mitmischen und nicht nur beschreiben, wie schlimm alles ist, sondern durch Gestaltung Einfluss nehmen.

Also würden Sie sagen, dass die Gaming-Szene zwar ein geeigneter Ort der Integration und des Diskurses ist, aber dass dieser auch mit Vorsicht zu genießen ist – ganz nach dem Motto: Jede Medaille hat auch eine Kehrseite?

Die Frage ist doch: Was macht man daraus? Wir dürfen nicht so naiv sein zu glauben, wir könnten das beeinflussen, nur weil wir guten Willens sind. Denn es gibt bekanntlich wirtschaftliche Gewinnorientierung und Wertschöpfungsprozesse. Viele haben kein Interesse an besonders kritischen Formen des Gamings, sondern sind interessiert an möglichst vielen Käuferinnen und Käufern. Das ist in der Games-Szene vielleicht noch wirksamer und greifbarer als in vielen anderen Bereichen.

Wie organisieren sich die Gamer untereinander? Lässt sich die Organisation mit der des Theaters vergleichen?

Nicht wirklich. Vergleichen und zusammenbringen kann man die Narrationen, die Erzählformen, die Bilderwelten. Manches aus den Games findet sich auf der Bühne wieder, ähnlich wie die Games-Bilder in-



zwischen die Filmwelt beeinflussen. Früher war es eher umgekehrt. Das gleiche gilt für Musik. Game-Musik war früher ähnlich der Filmmusik, inzwischen orientiert sich Filmmusik öfter an Game-Musik. Zwischen Film und Games gibt es also Wechselwirkungen. Was die Organisationsstruktur in der Games-Indie-Szene und das Theater angeht: Die Szene ist oft selbstorganisiert, mit eher fluiden Zusammenschlüssen, in einer Art Schwarmorganisation. Bei Games und sog. „festem“ (Stadt-)Theater handelt es sich um äußerst unterschiedliche Organisationsgrade. Nicht wirklich vergleichbar also.

Der Ruf von Computer- und Videospielen ist vorbelastet. Im Fokus stehen häufig Kritiken wie die Verherrlichung von Gewalt und ein gesteigertes Suchtpotential. Was verbirgt sich hinter den Vorurteilen?

Das hat sich mit Sicherheit sehr verändert. Games sind hoffähig geworden, wie es vorhin ja schon zur Sprache kam. Der Deutsche Kulturrat hat Games schon vor vielen Jahren in seine Struktur aufgenommen. Aber natürlich gehören Computer- und Videospiele auch zu den Suchtmedien bzw. Bereichen mit erhöhten Suchtfaktoren, genauso wie beispielsweise die Social Media-Sucht oder die Pornosucht. Dabei kann es eine Art von Überbeanspruchung durch Games geben, also die Flucht aus der realen Welt und auch eine erhöhte

Prokrastinationsentwicklung, sprich, dass man lieber noch mal ein Spiel macht, bevor man sich irgendwelchen anderen Dingen zuwendet. Da stellt sich natürlich schon die Frage: Wie können oder sollten Games und Menschen im Sinne einer intakten Gesellschaft zusammen funktionieren? Da gibt es je nach Hintergrund der Figuren, Gamer und Menschen ganz unterschiedliche Wirkungen. Ich greife immer die Wirkungen auf, weil es wirklich etwas damit zu tun hat, dass Games interaktive Vektoren darstellen. Ich gehe in etwas hinein und das kommt dann auf mich zurück. Und so ist es im sozialen Bereich auch: Wo

ich hineinrufe, schallt es unterschiedlich zurück.



Beim Next Level Festival for Games, zu dem wir gleich noch ausführlicher kommen werden, greifen Sie sehr viele gesellschaftspolitische und inklusive Themen auf, wie beispielsweise „Spielen mit Behinderung oder mit Einschränkungen“. Können Sie uns dazu mehr erzählen?

In dem Bereich besteht immer noch ein klares Desiderat. Gerade bei der Inklusion gibt es noch viel Potential. Das Medium ist dafür ziemlich geeignet: Menschen mit Behinderung können aus unterschiedlichen Gründen einfacher mit Games umgehen als beispielsweise in ein Theater gehen. Aber auch hier müsste Inklusion ein prominenteres Thema sein als zurzeit. Das fängt schon mit den Bildern an, die wir geliefert bekommen. Es geht ja nicht nur darum, wie die Anwendung funktioniert, sondern welche Bildwelten das eigentlich sind. Da müssen wir über Sexismus sprechen, über das gezeigte Menschen- und Körperbild, über Idole und Idealisierung. Das sind natürlich fatale Setzungen, weil sie mich als "abweichenden" Menschen zurücksetzen und somit diskriminierend wirken. Es sind nur wenige Spiele, die sich, wenn überhaupt, mit diesem Thema auseinandersetzen.

Gibt es da noch weitere gesellschaftliche Themen, die mehr Beachtung finden sollten in diesem Bereich?

Ja, es gibt natürlich viele Themen, die sich dringend stärker niederschlagen müssen, aber es gibt auch schon Entwicklungen in diese Richtung. Wir sind als NRW KULTURsekretariat mit diesen Querschnittsthemen an vielen Stellen immer wieder beschäftigt – ob das die Diversität oder die Nachhaltigkeit ist. Diese Themen sind, wie in der Filmwelt, inzwischen präsenter. Das gilt dann auch sicherlich für das Thema Nachhaltigkeit, das bei der Games-Entwicklung schon früh eine gewisse Rolle gespielt hat. Als wir uns damals mit dem Next Level

Festival in den ersten Jahren beschäftigt haben, gab es bereits Communities, die sich zum Beispiel mit den ökologischen Folgen von Emissionen weltweit oder der Regenwaldzerstörung befassen haben. Das kann man in Games-Welten sehr gut sowohl darstellen als auch entwickeln.

Kommen wir zum Next Level Festival for Games: Seit 2010 findet dieses in verschiedenen Städten in NRW statt. Welche Idee verbirgt sich hinter der Veranstaltung? Und was war der Auslöser für die Gründung des Festivals?

Anfangs hieß es im Untertitel „Kunst und Kultur der digitalen Spiele“. Das war der Ausgangsgedanke. Wir haben als NRW KULTURsekretariat sehr viel mit Theater und insgesamt mit dem Performativen zu tun. Und wir wollen Dinge vorantreiben und entwickeln, die nicht überall sowieso schon stattfinden. Ich komme selber auch aus dem Theaterbereich, ursprünglich als Dramaturg – und so was bleibt man ja ein Leben lang. Deshalb hat mich das natürlich dann auch persönlich interessiert: Wie entwickeln sich Narrative, welche Möglichkeiten bieten da Computerspiele, die bisher keinen Einzug gefunden haben in die Theaterwelt? Wie können diese Welten stärker miteinander verbunden werden? Was können wir voneinander lernen? Wie kann die oftmals strukturkonservative Theaterwelt auch digital interessant sein? Welche hybriden Möglichkeiten gibt es?

Das Medium „Digitale Spiele“ bietet sehr viele Möglichkeiten für Theater, Kunst, Kultur und Gesellschaft. So wie ein Theaterstück – wenn es interessant ist – eine gesellschaftliche Perspektive hat, so gilt das eben auch für Computerspiele, die diese gesellschaftliche Perspektive allein schon durch die Userzahlen mitbringen. Millionen von Menschen, mittlerweile über alle Generationen hinweg, befassen sich mit diesem Medium. Wie können wir das ignorieren? In-

Hard Facts

In Deutschland erfreut sich das Spielen großer Beliebtheit: 2024 gaben rund 54 Prozent aller Deutschen an, zumindest gelegentlich Computer- und Videospiele zu konsumieren, um in virtuelle Welten einzutauchen. In der Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen sind es sogar über 85 Prozent. Das Durchschnittsalter der Spielerinnen und Spieler in Deutschland ist auf knapp 38 Jahre gestiegen, 2014 lag es noch bei 31 Jahren. Im Jahr 2022 besaßen 28,9 Prozent der Haushalte in Deutschland mindestens eine Spielkonsole. Das beliebteste Spielgerät ist jedoch das Smartphone.

Quelle: Statista Research Department (2024): Statistiken zum Thema Gaming. <https://de.statista.com/themen/1095/gaming/#topicOverview> [01.08.2024].

sofern gab es auch eine Art von Evidenz: Da entwickelt sich eine Kultur und die haben wir zur Kenntnis zu nehmen. Mit einigem Gewinn für die Kultur insgesamt.

Sie haben jetzt schon die Breite der Zielgruppe angesprochen. Welche Zielgruppen würden Sie denn noch gerne sehen? Gibt es welche, die Sie bisher noch vermissen?

Wir sind bei dem Festival ja nicht mit erhobenem Zeigefinger unterwegs. Mittelpunkt des Festivals sind die Games Parours, die 2022 aus verschiedenen Stationen zum Thema „Spiele stiften Gemeinschaft“ bestanden haben. Dabei geht es darum, Spaß zu haben bei dem, was man da macht. Wir sind keine Messe, schon gar keine Gamescom, sondern unter anderem bauen wir kuratierte Parours, sodass es

die Möglichkeit gibt, Games mal anders zu erleben. Eben nicht digital privat, sondern teils geteilt im analogen Kontext. Man trifft Menschen, die man sonst nur digital wahrnimmt. Und wir wollen natürlich noch viel mehr die Community, die Szene, erreichen, die wir bisher noch nicht ausreichend erreicht haben. Nämlich diejenigen, die eher skeptisch sind, wenn man ihnen Computerspiele unter einer bestimmten Überschrift vermittelt, die nicht bevormundet werden oder mit der vermeintlich blöden Kultur zu tun haben wollen. Damit möchten wir die Grenze zwischen den Games und der klassischen Kultur durchlässig machen.

Ein ganz konkretes Beispiel ist das „Opera – a Future Game“. Das ist ein Computerspiel, das im letzten Jahr den Faust-Preis des Deutschen Bühnenvereins bekommen hat und das wir als Next Level Festival angeregt und in Auftrag gegeben haben. Das Ziel war, die Oper über das Medium Game als ein spannendes, aber auch dystopisches Medium zugänglich zu machen – was sonst eben gar nicht in der Opernwelt vorkommt. Die Oper war ursprünglich in Halle/Saale geplant, dann kam die Pandemie dazwischen. Aber viele Dinge waren schon vorproduziert: Die Musik war größtenteils auf Band aufgenommen, viele Bilder gedreht, die eine Rolle gespielt hätten und so wurde daraus dann erstmal eine Art „Installation“ als Ableger dieser nicht umgesetzten Produktion. Als ich diese Installation mit ihren Stationen gesehen habe, habe ich den Regisseur darauf angesprochen, daraus ein Spiel zu entwickeln. Michael von Zurmühlen, Thomas Köck und Eloain Lovis Hübner haben dann, ausgehend vom bereits Produzierten, ein wunderbar sinnliches Spiel entwickelt. Gamer oder auch Kids, die sonst mit Opern nichts zu tun haben, haben sich begeistern lassen.

Sie haben schon die nicht ausreichenden Investitionen im Gaming-Bereich angesprochen. Wo fehlt es an finanzieller Unterstützung?

Ministerien oder Dezernate haben sich da schon geöffnet. Man kann also sagen, dass wir relativ gute Erfahrungen sammeln. Auf der strukturellen Ebene gibt es aber noch gewaltig Luft nach oben.

Die Verwaltung, die Politik und auch die Kulturlandschaft haben sich dem ganzen Thema sehr geöffnet. Wenn man beispielsweise an Dortmund denkt, die sich seit einiger Zeit als digitale Stadt programmatisch aufstellt, kann man von einer deutlich besseren Ausgangslage sprechen als noch 2010, als wir das Festival in einer Skaterhalle in Köln-Deutz durchgeführt haben. Next Level 2024 wird nun von der Stadt Dortmund veranstaltet, die sich digital weiter profilieren will. Ich denke, das sollte gut funktionieren.

„Wir können voneinander lernen und das kann für alle interessant und vorteilhaft sein: Für den Kulturmarkt bzw. Kreativmarkt, die Wirtschaft und die Games-Industrie.“

Abschließend noch eine Prognose für die Zukunft: Was können wir von Computer- und Videospielen als Kulturgut in der Zukunft erwarten?

Anhaltende und größere Aufmerksamkeit wäre eine Hoffnung. Und die Erwartung, dass die Games-Industrie nicht nur die kommerziellen, sondern auch mehr soziale und kulturelle Aspekte aufgreift. Da möchte ich wirklich einen Appell an die Akteure richten: Seid bereit, mit uns – der Kultur – zu kooperieren.

Wir können voneinander lernen und das kann für alle interessant und vorteilhaft sein: Für den Kulturmarkt bzw. Kreativmarkt, die Wirtschaft und die Games-Industrie. Legt da mal etwas die Scheuklappen ab, um nicht immer nur die Wertschöpfungsorientierung im Blick zu haben – sozusagen „von der Hand in den Mund“ –, sondern auch an die längerfristigen Entwicklungen zu denken. Zeigt dabei, dass ihr auch eine gesellschaftliche Verantwortung wahrnimmt und dass die Games-Wirtschaft hoffentlich mehr sein will als eine bloße Geldmachmaschine. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, Wert zu schöpfen: Das Ideelle und das Materielle müssen sich dabei überhaupt nicht ausschließen.



Im Einsatz für die Gemeinschaft

Feuerwehr und Katastrophenschutz als Akteure der Zivilgesellschaft

Interview mit Jörg Spors

Herr Spors, Sie sind Feuerwehrmann und Sachgebietsleiter im Sachgebiet Zivil- und Katastrophenschutz, Grundsatzfragen Zivilschutz der Stadt Essen. Wie lassen sich diese zeitaufwendigen Tätigkeiten miteinander vereinigen?

Die Feuerwehr und der Katastrophenschutz haben bei uns mittlerweile eine Mischdienstlösung. Das heißt, ich bin gleichzeitig im Tagesdienst und im Mischdienst. Bei der Mischdiensttätigkeit mache ich 30 Prozent Einsatzdienst, also Einsatzleitung, und ansonsten kümmere ich mich im Tagesdienst ausschließlich um den Katastrophen- und Zivilschutz.

Die Feuerwehr übernimmt eine breite Palette an Aufgaben. Können Sie uns einen Überblick über diese geben?

Im Grunde genommen ist die Feuerwehr Mädchen für alles. Der Bürger ruft die Feuerwehr, wenn er nicht mehr weiter weiß. Zudem unterstützt die Feuerwehr andere Fachbehörden. Zu den Hauptaufgaben zählen die technische Hilfeleistung, die Brandbekämpfung und die überregionale Hilfe in Nordrhein-Westfalen. Schwerpunktmäßig kommt auch der Rettungsdienst dazu, was in anderen Bundesländern nicht der Fall ist. Der Katastrophenschutz und der Bevölkerungsschutz sind Teilaufgaben der Feuerwehr. Hinzu kommen natürlich noch die ganzen Arbeiten innerhalb der Feuerwehr, das heißt die Wartung der eigenen Fahrzeuge, den Zustand der eigenen Immobilien überwachen, die Ausbildung, Fortbildung aber auch die Brandschutzerziehung. Essen ist zusätzlich auch der Standort für den Bereich Biologie der Analytischen Task Force Nordrhein-Westfalen.

In Ihrem Job begegnen Sie Menschen in Ausnahmesituationen. Gewalt gegen Einsatzkräfte ist nicht erst seit der Silvesternacht 2022 Thema bei der Feuerwehr. Wie erleben Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen das bei der Arbeit vor Ort?

Bei der Feuerwehr ist das auf jeden Fall ein Thema. Die Aggressivität gegen die Feuerwehr hat zugenommen. Man wird nicht mehr nur als derjenige angesehen, der kommt, um zu helfen, sondern es gibt teilweise eine gewisse Forderung, was die Feuerwehr jetzt machen soll und es fehlt der Respekt. Das habe ich auch in meiner Karriere festgestellt. Ich bin in meiner Anfangszeit viel Rettungsdienst gefahren und da gab es auch schon Aggressivität. Das ist

Weil Sie bereits den fehlenden Respekt angesprochen haben: Kommt es oft vor, dass Sie durch Schaulustige an Ihrer Arbeit gehindert werden?

Ja, es kommt schon vor, dass wir bei unserer Arbeit gestört werden. Dann ist es meine Aufgabe als Einsatzleiter, vor Ort darauf zu achten und einen gewissen Opferschutz zu gewährleisten. Ich empfinde es gar nicht als störend, wenn jemand guckt. Das ist ein natürlicher Instinkt: Wenn irgendwo etwas passiert ist, dann will man auch wissen, was da los ist. Aber was mich an Einsatzstellen maximal auf die Palme bringt, ist, wenn ein ganzes Rudel von Menschen dasteht und alle ein Handy in der Hand haben und die Einsatzlage praktisch ausnutzen. Dort arbeiten wir dann auch mit der Polizei zusammen, die die Leute sofort des Platzes verweist.

Jörg Spors

ist Feuerwehrmann der Stadt Essen und Sachgebietsleiter im Sachgebiet Zivil- und Katastrophenschutz, Grundsatzfragen Zivilschutz der Stadt Essen. Zudem ist Spors unter anderem Vorsitzender der Sektion Hygiene bei Krankentransport, Rettungsdienst, Feuerwehren, Not- und Katastrophenfällen bei der Deutschen Gesellschaft für Allgemeine und Krankenhaus-Hygiene e. V.



Vor Kurzem hatte ich einen Einsatz mit Menschenrettung, bei dem plötzlich ein junges Mädchen mit einem Pizzakarton durchlief. Also quasi an diesem Brand vorbei. Hier müsste die Sensibilisierung in der Schule schon anfangen: Wie verhalte ich mich? Was könnte mir dort passieren? Es passiert auch oft, dass Autos versuchen zwischen den Löschfahrzeugen durchzufahren, da sie es eilig haben und sich dann aufregen, weil

somit kein neues Ereignis, sondern wir hatten auch mal Betrunkene und es kam vor, dass diese dann randaliert haben und wir eine Auseinandersetzung hatten. Damals war die mediale Aufmerksamkeit nicht so groß, das ist nicht so breitgetreten worden. Es war ein bisschen stiller und ich weiß nicht, wie man es jetzt ausdrücken will, aber die Sensibilität hat sich verändert. Während auf der einen Seite die Gewalt und die Aggressivität zugenommen haben, hat sich auf der anderen Seite das persönliche Empfinden für Gewalt bei vielen geändert.

sie nicht weiterkommen – obwohl wir gerade eine Menschenrettung durchführen. Das Bewusstsein dafür fehlt, dass die Feuerwehr gerade notwendig ist und das Anliegen der Autofahrer hintenanstehen muss. Ich war selber schon bei Gerichtsverhandlungen dabei, wo ich als Einsatzleiter Menschen angezeigt habe, die mit ihrem Handy Einsatzsituationen gefilmt haben oder den Einsatz gestört haben. Und die Gerichtsverhandlungen, die ich miterlebt habe, waren eigentlich immer so, dass die Gerichte wirklich hart durchgegriffen haben. Die Sensibi-

lität ist auch ein bisschen kulturbedingt. In Indien stehen beispielsweise Hunderte von Menschen an der Einsatzstelle und gucken. Ich betreue ein Projekt der Feuerwehr in der Mongolei und dort ist das auch selbstverständlich. Solche Bilder passen aber nicht in unser Weltbild. Ich verstehe jeden, der bei einem Einsatz erstmal schaut, aber ich verstehe nicht, wenn man beispielsweise einen Verkehrsunfall hat und die Autofahrer auf der anderen Spur verzögern oder anhalten, um ein Foto vom Unfall zu machen.

Werden Sie bei diesen Problematiken auch von anderen Einsatzkräften unterstützt?

Die Kommune hat das Ordnungsamt, das in den Bereichen Präsenz zeigt, in denen es häufig zu Ärger oder Konflikten kommt. Allein durch die Präsenz wird der ein oder andere davon abgehalten, etwas Falsches zu tun. Meinem persönlichen Empfinden nach glaube ich, dass es im Moment etwas ruhiger geworden ist.

Bringt das Ruhrgebiet besondere Herausforderungen oder Bedingungen mit sich? Wie sind Sie mit den Feuerwehren in anderen Gemeinden und Städten vernetzt?

Wir haben im Ruhrgebiet die meisten Berufsfeuerwehren in Deutschland und dadurch ist es uns möglich, in kurzer Zeit sehr viele Einsatzkräfte und Rettungsmittel zusammenzubekommen. Das heißt, im Katastrophenfall oder im großen Schadensfall können wir schnell agieren. Das Beispiel der Loveparade, wo Hunderte von Einsatzkräften innerhalb kürzester Zeit an der Schadensstelle waren, zeigt, dass wir schnell handeln können. In dieser

„Wir haben im Ruhrgebiet die meisten Berufsfeuerwehren in Deutschland und dadurch ist es uns möglich, in kurzer Zeit sehr viele Einsatzkräfte und Rettungsmittel zusammenzubekommen.“

Form ist es in anderen großen Kommunen in Deutschland nicht möglich. Wenn man sich beispielsweise Berlin anguckt, sind im

Umland eher weniger Kräfte, auf die man zurückgreifen kann. Und im Ruhrgebiet haben wir das große Potenzial, dass wir auf viele Einsatzkräfte zurückgreifen und überörtliche Hilfe relativ gut anbieten und nutzen können. Was natürlich auch zur Folge

hat, dass viele unserer Kräfte zum Beispiel die Waldbrandlagen in Brandenburg, die Hochwasserlage in Dresden usw. bekämpfen müssen. Aber es ist ein großer Vorteil, dass wir hier materiell und personell so gut ausgerüstet sind.

Das setzt eine gute Vernetzung untereinander voraus, oder?

Ja, genau. Und das funktioniert auch bei den Feuerwehren. Dort gibt es einmal die dienstliche Vernetzung aber auch die, die man über persönliche Kontakte pflegt. Man kennt sich untereinander und dadurch findet ein reger Austausch statt. Und was sich über die Jahrzehnte verändert hat: Man versteht jetzt, untereinander seine Expertise auszutauschen und zu nutzen. Und es gibt auch viele Alarmpläne und Einsatzpläne, die das Ganze regeln.

Weil Sie das Überregionale schon angesprochen haben: Wie werden Sie bei Ihrer Arbeit vom Land unterstützt?

Wir haben verschiedene Komponenten und Bereitschaften hier in Nordrhein-Westfalen, die insbesondere über das Land organisiert werden. Das bedeutet, dass wir sowohl finanziell, technisch als auch organisatorisch, neben den intensiven Aktivitäten auf kommunaler Ebene, vom Land unterstützt werden. In den nächsten Jahren

wird sich der Katastrophen- und Bevölkerungsschutz immer weiter entwickeln und ausgebaut werden.

Wir haben vor einigen Jahren die letzten Bunker für den Bund veräußert, die dem Zivilschutz jetzt nicht mehr zur Verfügung stehen. Aufgrund der aktuellen politischen Lage müssen wir jetzt wieder schauen, wie wir die Bevölkerung schützen können, möglicherweise durch den Bau neuer Bunker. Ansonsten ist mein Empfinden, dass die Unterstützung vom Land insgesamt sehr gut ist, gerade für uns und unseren Bereich hier. Wir sind ja alle neu im Katastrophenschutz und müssen sehr viele Mittel beantragen. Dabei werden wir von den Behörden gut unterstützt, sowohl bei der Stellung von Anträgen als auch bei der Beschaffung der Mittel.

Gibt es Bereiche, für die Sie sich mehr Unterstützung erhoffen würden?

Die gesetzlichen Regelungen des Katastrophenschutzes sollten mehr Unterstützung bekommen. Sie müssen überarbeitet und aktualisiert werden. Und auch das Zivilschutzgesetz ist eigentlich ein uraltes Gesetz. Da müsste mehr Energie von Bund und Land investiert werden, damit die Kommunen wissen, welchen Weg sie zu gehen haben und was jetzt die Leitlinie ist. Aktuell ist es aufgrund des großen Umfangs der Themen so, dass die Schwerpunkte durch die Kommunen nahezu alle selbst festgelegt werden oder durch Verordnungen, die vom Land kommen. Meiner Meinung nach müsste dort ein schnellerer Entwicklungsprozess stattfinden. Wir kennen das auch aus der Pandemie: Plötzlich stehen wir vor unerwarteten Herausforderungen und müssen uns personell und materiell aufstellen, ohne genau zu wissen, welchen Weg wir einschlagen sollen. Was bearbeite ich jetzt zuerst, um die Trinkwassernotversorgung,

die Ernährung und die Sicherstellung der Unterbringung zu gewährleisten? In diesen Bereichen ist noch keine rote Linie zu erkennen. Ein weiteres Problem, das zwar der aktuellen Entwicklung geschuldet ist, aber dennoch verbessert werden sollte, ist, dass sich die Ministerien untereinander mehr absprechen müssen. Doch da bin ich guter Hoffnung, dass sich das alles entwickelt.

Es braucht auf jeden Fall noch mehr Personalwerbung für den Beruf des Feuerwehrmanns und der Beruf muss insgesamt auch attraktiver gestaltet werden. Ich selbst habe vier Söhne und von denen ist keiner bei der Feuerwehr. Die Leute, die bei der Feuerwehr sind, sind mit Herzblut dabei. Es ist relativ schwierig jemandem, der studiert hat, zu sagen, dass er doch zur Feuerwehr gehen könne. Die Menschen wollen mehr Work-Life-Balance und mehr Home Office. Das versuchen die Feuerwehren hinzukriegen, aber wir sind da in vielen Teilen noch nicht attraktiv genug. Man muss überlegen, wie man die Attraktivität des Berufs steigern kann. Meiner Meinung nach ist es nicht nur das Geld. Man kann nicht nur finanziell locken, sondern muss heutzutage auch andere Angebote machen. Ein großes Problem hier bei uns in Nordrhein-Westfalen ist die Anhebung des Pensionsalters. Erst vor Kurzem wurde die Altersgrenze durch ein neues Gesetz auf 61 Jahre angehoben. Das ist ein Schritt in die falsche Richtung. Ein Feuerwehrmann im Alter von 60 Jahren ist ausgepowert durch die Belastung. Ich glaube, dass das ein falsches Signal an potenzielle Feuerwehrleute ist. Ich bekomme dadurch auch keine Lächer gestopft, vor allem wenn geburtenreiche Jahrgänge in Pension gehen. Man muss versuchen, den Beruf in Schulen und an Universitäten mehr zu präsentieren. Das können die Kommunen nicht allein schaffen, hier müssen auch das Land und der Bund mehr Unterstützung leisten.

Wie gestaltet sich die Nachwuchsförderung der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr?

Für unsere Nachwuchsförderung gehen wir auf Messen, sind auf Social Media unterwegs, also Facebook, Instagram etc., und dabei sieht man auch, dass sehr viel Interesse da ist. Nicht zuletzt sind es einfach die Tage der offenen Tür, bei denen die Feuerwehr sich nach außen präsentieren kann. Ich persönlich glaube, dass besonders durch die vielen persönlichen Gespräche neue Feuerwehrleute rekrutiert werden. Bei mir in der Straße, in der ich wohne, sind mittlerweile zwei Nachbarskinder, die jetzt zur Feuerwehr gehen. Über die Kommune selbst wird auch viel Werbung betrieben. Das, was bei uns häufiger zu Problemen führt, sind die immer noch hohen sportlichen Anforderungen. Da stellt man zunehmend fest, dass die Jugendlichen immer unsportlicher werden. Aber man hat genug Zeit, sich auf den Test vorzubereiten. Es ist jedoch nicht möglich, den sportlichen Einstellungstest zu vereinfachen: Wenn eine Puppe 75 Kilo wiegt, dann hat das auch seine Gründe. Positiv im Vergleich zu früher ist, dass man heute keinen Handwerksberuf mehr braucht, um zur Feuerwehr zu kommen. Das war, als ich zur Feuerwehr gekommen bin, noch anders. Heute kann auch eine Krankenschwester zur Feuerwehr gehen.

Wie nehmen Sie das öffentliche Bild der Feuerwehr momentan wahr?

Ich glaube, trotz dieser Konflikte, die man manchmal bei den Einsatzstellen hat, hat die Feuerwehr noch ein positives Bild. Das merkt man auch besonders auf den Social-Media-Kanälen anhand der überwiegend positiven Kommentare. Dort wird kommentiert, dass unsere Arbeit toll ist und es gut ist, dass es uns gibt. Wir haben immer die Kindergärten und Schulen bei uns, die die Feuerwache besichtigen und da sieht



man strahlende Kinder, die einfach von der Feuerwehr begeistert sind. Und solange das so ist, ist das gut.

Kommen wir nun zum kommunalen Katastrophenschutz. Sie haben schon angedeutet, dass dort gerade sehr viele Veränderungen stattfinden. Wie ist der Katastrophenschutz der Stadt Essen aufgebaut?

Der Katastrophenschutz ist bei uns im Bereich der Feuerwehr angesiedelt. Der Fachbereich, beziehungsweise die Abteilung 37-7, ist der Bevölkerungs- und Zivilschutz, welcher sehr eng mit unseren Ordnungsdezernenten, also der Kommune selbst, zusammenarbeitet. Die Abteilung nimmt neben den aktiven Feuerwehraufgaben insbesondere Verwaltungsaufgaben wahr. Dies erfordert eine intensive Zusammenarbeit mit allen anderen Akteuren der Stadtverwaltung. Wenn man sich unser aktuelles Organigramm ansieht, sind die Stellen nicht nur mit Feuerwehrcräften besetzt, sondern auch mit Verwaltungskräften. Der Bereich „Krisenstab“ wird beispielsweise durch eine Verwaltungskraft der Stadtverwaltung besetzt, sodass wir dort auch unsere Verbindungsabteilungen zum Rathaus haben.



Wir haben viel aus der Pandemie gelernt, insbesondere darüber, wie solche Strukturen funktionieren können und wie die Zusammenarbeit abläuft. Wir haben

voneinander gelernt. Ich glaube, dass das ein Vorteil der Pandemie gewesen ist, dass sich die Zusammenarbeit verbessert hat. In allen Kommunen gibt es verschiedene Fachbereiche, und mittlerweile arbeitet man intensiver und fachübergreifender zusammen.

Welchen Einfluss haben die Pandemie und die Hochwasserkatastrophe auf Ihre Arbeit und die Bevölkerung?

Ich glaube, bei der Hochwasserkatastrophe hat man gesehen, dass die Einsatzkräfte gut funktionieren. Trotz aller Schwierigkeiten, die das Hochwasser mit sich gebracht hat, konnte man erkennen, wie viele Einsatzkräfte in kürzester Zeit zur Verfügung stehen. Es wurde deutlich, wie schnell der Wiederaufbau erfolgen kann, sowohl was die Infrastruktur betrifft als auch die Stadt selbst. Natürlich bezieht sich das hauptsächlich auf den materiellen Teil und nicht auf den menschlichen. Dennoch hat man der Bevölkerung gezeigt, dass der Katastrophenschutz funktioniert, weil wir vorher keine vergleichbare Katastrophe hatten. Das hat positive Auswirkungen. Ich glaube, in Zeiten solcher Katastrophen wandelt sich auch der Zusammenhalt in der Bevölkerung, denn man zieht gemeinsam an einem Strang. Es sind alle betroffen und da funktioniert das dann einfach.

Inwieweit wird die zivile Bevölkerung in der Planung und der Umsetzung des Katastrophenschutzes berücksichtigt?

Man hat die sogenannten Spontanhelfenden, also Hilfskräfte, die örtlich schon vor Ort sind. Das sind Bürgerinnen und Bürger, die in Katastrophen unterstützen wollen und sich bei uns melden. Man muss darauf achten, dass es nicht zu einem wilden, unregelmäßigen Aktionismus kommt, bei dem sich die

Bürgerinnen und Bürger unwissentlich oder auch wissentlich in Gefahrenbereiche begeben und dadurch selbst massiv gefährdet werden. Die Leute haben den Drang zu helfen und sich zu beteiligen und das muss man den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen. Man kann auch viel daraus ziehen. Das sieht man auch in Ahrweiler, wo Handwerksbetriebe beim Wiederaufbau mitgeholfen haben. Wir arbeiten auch viel mit den Ehrenamtsagenturen zusammen, schon seit der Pandemie. Dort wurden Einkäufe für Menschen organisiert, die dazu selbst nicht mehr in der Lage waren.

Für mich als Feuerwehrmann ist eine Katastrophe, in Führungszeichen, wenn ein halber Stadtteil in Schutt und Asche liegt. Für den Bürger kann es schon eine Katastrophe sein, wenn er seinen Haustürschlüssel verloren hat und nicht mehr in die Wohnung reinkommt. Man muss individuell darauf eingehen, was für den Einzelnen eine Katastrophe ist. Die Auswirkungen einer Katastrophe werden durch die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger abgemildert und deshalb sind Spontanhelfende meiner Meinung nach wichtig, auch im Katastrophenschutz. Wir brauchen Freiwillige. Irgendwann ist der Punkt erreicht, an dem die Einsatzkräfte in einer Katastrophe an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Nach Wochen der Anstrengung können die Einsatzkräfte nicht mehr alle Aufgaben übernehmen und kommen immer mehr an ihre Grenzen. Das sieht man auch gerade in der Ukraine.

Gibt es Unterstützung vor Ort, die Sie den freiwilligen Helferinnen und Helfern oder den lokalen Initiativen bereitstellen?

Wir machen Schulungen, wobei diese Schulungen noch in weiten Teilen im Aufbau sind. Zudem haben wir in Essen zum Beispiel Notfallinformationspunkte, die bei einem Strom- oder Funkausfall von ehrenamtlichen Helfern besetzt werden können. Wir versuchen, die Menschen in diesem Bereich zu sensibilisieren und zu schulen, sind aber auch hier noch massiv im Aufbau. Was uns dafür momentan fehlt, ist das Personal, das im benötigten Umfang dem Katastrophen- und Zivilschutz noch nicht zur Verfügung steht.

„Die Auswirkungen einer Katastrophe werden durch die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger abgemildert und deshalb sind Spontanhelfende meiner Meinung nach wichtig, auch im Katastrophenschutz.“

Meiner Meinung nach müsste der Zivil- und Katastrophenschutz auch fester Bestandteil in den Schulen werden. Kinder sind das beste Sprachrohr in den Familien. Sie haben ihren Eltern erklärt, wie man Müll trennen muss, und diese Mülltrennung haben sie in der Schule gelernt. Ähnlich ist es auch mit dem Zivil- und Katastrophenschutz. Ich glaube, die Kinder sind auch ein Sprachrohr in die verschiedenen Kulturen. Wenn ich bestimmte Gruppen habe, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, während die Kinder in der Schule Deutsch sprechen, können sie ihren Eltern die deutsche Kultur und die Funktion des Zivil- und Katastrophenschutzes näherbringen.

Welche Maßnahmen werden denn schon ergriffen, um Krisen besser gemeinsam bewältigen zu können? Gibt es da schon Projekte?

Über die Website sowie über Instagram und Facebook werden Tipps zu bestimmten Themengebieten gegeben. Beispielsweise: Wie verhalte ich mich bei einem Stromausfall? Was passiert, wenn ich keinen Notruf

Katastrophenschutz und Feuerwehr in Nordrhein-Westfalen

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Aufgaben und Zuständigkeiten im Bereich des Bevölkerungsschutzes aufgrund des föderalen Systems auf drei Ebenen verteilt: Bund, Länder und Kommunen.

Die Hauptaufgabe auf Bundesebene ist der Schutz der Bevölkerung vor kriegsbedingten Gefahren. Im Vordergrund stehen dabei die nationale Sicherheit und die Landesverteidigung im Falle eines militärischen Konflikts oder ähnlicher Bedrohungen.

Die Länder hingegen sind für den Schutz der Bevölkerung vor schweren Unglücksfällen oder Katastrophen zuständig. Dazu gehören auch Naturkatastrophen wie Hochwasser oder Erdbeben. In besonders schweren Fällen können die Länder auf Einrichtungen und Mittel des Bundes zurückgreifen, um effektiver helfen zu können.

Auf der kommunalen Ebene liegt die Zuständigkeit vor allem im Bereich des Brandschutzes und des Rettungsdienstes. Darüber hinaus sind die Kommunen

für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr verantwortlich.

Brandschutz ist eine wesentliche Aufgabe der Gefahrenabwehr. Die Feuerwehren unterteilen sich in Freiwillige Feuerwehren und Berufsfeuerwehren, hauptamtliche Wachen und Werkfeuerwehren. Während die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren ehrenamtlich tätig sind, erhalten die Berufsfeuerwehrleute für ihre Dienste eine reguläre Vergütung. In NRW gibt es rund 14.000 hauptberufliche und 83.000 ehrenamtliche Feuerwehrleute in 30 Berufsfeuerwehren und 396 Freiwilligen Feuerwehren in den Städten und Gemeinden des Landes.

Quellen:

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2024): Gefahrenabwehr. <https://www.im.nrw/themen/gefahrenabwehr> [01.08.2024].

Deutscher Städte und Gemeindebund (Hrsg.) (2021): Bevölkerungsschutz in Städten und Gemeinden. <https://www.dstgb.de/publikationen/dokumentationen/nr-162-bevoelkerungsschutz-in-staedten-und-gemeinden/doku162-bevoelkerungsschutz-v7.pdf?cid=hts> [01.08.2024].

abgeben kann? Die simpelsten Beispiele sind immer unsere Bombenentschärfungen. Wir haben hier in Essen sehr viele Weltkriegsbomben, die entschärft werden müssen. Dabei werden immer wieder Flyer verteilt und die Bevölkerung aufgeklärt. Wo können die Bürger hin, wenn etwas passiert? An wen kann man sich wenden? Durch den Warntag werden die Sirenen und die einzelnen Töne der Sirenen der Bevölkerung nähergebracht und wir klären über die Warn-App NINA auf. Da läuft eigentlich schon einiges, aber es ist noch nicht genug. Das ist jedoch per-

sonell bedingt, weil den Kommunen einfach die Kapazitäten fehlen.

Sie haben die digitalen Angebote angesprochen. Wie erreichen Sie aber Menschen, die kein Instagram benutzen oder aufgrund von sprachlichen Barrieren die Inhalte nicht verstehen?

Wir konnten sehr viel aus der Pandemie lernen. Es gibt Menschen, die ihre Nachrichten noch aus der Tageszeitung in Papierform beziehen und es gibt Menschen,

die ihre Informationen aus dem Fernsehen erhalten. Zumindest beim Fernsehen kann man akute Informationen einspielen. Wir müssen jedoch auch selbst hingehen und Vorbereitungen treffen für diejenigen, die es nicht selbst können. Es ist fraglich, ob der 95-jährige alleinstehende Mann für 14 Tage vorgesorgt hat. Ich überlebe das. Er eventuell nicht. Wir haben bestimmte vulnerable Gruppen, für die die Kommune Vorbereitungen treffen muss und das wird auch gemacht.

Wir müssen auch schauen, wie zum Beispiel eine Trinkwasserverteilung in der Kommune funktionieren kann. In der Pandemie hat man viele Gruppen kennengelernt, die man zuvor überhaupt nicht in die Planung beim Katastrophenschutz einbezogen hatte. Das mussten wir erst lernen. Deshalb ist es auch wichtig, dass der Katastrophenschutz mit den sozialen Bereichen einer Stadtverwaltung zusammenarbeitet. Wir haben mittlerweile Programme, mit denen wir computergestützt sehen können, wie viele alte Menschen in einem Stadtteil wohnen und wie viele Menschen einen Migrationshintergrund haben.

Bei der Pandemie fand ich es sehr schwierig, dass wir irgendwann über 30 Sprachen hatten. Bei der Übersetzung der Flyer haben uns Menschen geholfen, die hier im Stadtteil wohnen. Ich finde, das ist ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite ist es gut, Informationen in verschiedenen Sprachen anzubieten, aber man muss die Leute auch mehr dafür sensibilisieren, wie wichtig es ist, die deutsche Sprache zu lernen. Das ist ein sehr großer Aufwand und irgendwann kümmert man sich nur noch darum, Flyer zu übersetzen. Die eigentliche Arbeit, nämlich der Katastrophenschutz, bleibt dabei auf der Strecke. Sprache ist ein großer und wichtiger Teil der Integration.

Im Moment haben wir immer unsere Dolmetscher dabei, die für uns übersetzen. Man muss die Verbindungen zu allen Grup-

pen aufrechterhalten. In der Pandemie hat das super funktioniert. Aber das große Problem ist: Nichts ist schneller vergessen als eine Katastrophe. Wer spricht heute noch von der Pandemie oder dem Hochwasser? Wir, weil wir uns gerade damit auseinandersetzen, aber außerhalb davon eher nicht.

Aber es kann ja auch belastend sein, sich als Privatperson die ganze Zeit mit den vergangenen und den möglichen Katastrophen der Zukunft auseinanderzusetzen.

Das finde ich genauso. In uns Menschen ist es so verankert, dass wir Negatives schnell wieder aus unserem Kopf streichen und zur Normalität übergehen. Dadurch funktionieren wir und das ist auch gut so. Trotzdem muss man darauf achten, dass man die Lehren, die man aus vergangenen Katastrophen gezogen hat, weiterverfolgt. Wie wollen wir die Bevölkerung versorgen und können wir das überhaupt? Wie geht man mit vulnerablen Gruppen um?

Menschen, die körperlich eingeschränkt und beispielsweise taub oder blind sind, brauchen allein schon mehrere andere Menschen, um zu überleben. Wir mussten Wege finden, wie wir diesen Leuten helfen konnten. Hier in Essen haben wir zum Beispiel ein Internat für Gehörlose. Da bringt ein Sirenentag nicht viel, wenn in diesem Stadtteil 600 Schüler nichts hören. Da stellt sich die Frage: Wie kann ich diese Menschen warnen? Das sind Dinge, bei denen es wichtig ist, dass die Bevölkerung den Katastrophenschutz oder Zivilschutz informiert, denn die Einheiten können nicht von allen wissen. Man muss jedoch auch dazu sagen, dass in einer Katastrophe alles anders ist und man nicht immer sofort jedem helfen kann. Deshalb ist es ganz wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger sich selbst vorbereiten und Vorsorge treffen.

Ich finde, das Interessante oder das Schwierige an diesen Themen ist, keine Panik in der Bevölkerung zu verbreiten. Wenn ich von einigen Szenarien erzähle, fällt den Leuten oft die Kinnlade herunter. Zum Beispiel: Was passiert, wenn Bomben aufs Ruhrgebiet fallen oder wenn uns wirklich mal jemand mit Raketen angreift? Wie sind wir vorbereitet? Oder wenn ein Krankenhaus oder alle Krankenhäuser durch einen Trojaner komplett außer Betrieb gesetzt werden? Das sind Szenarien, die mir und meinen Kollegen hier im Kopf herum-schwirren.

Für mich persönlich ist es wirklich hochinteressant, diese Entwicklungen zu beobachten und die Möglichkeit zu haben, daran mitzuwirken und neue Dinge zu entwickeln. Der Aufbau und die Entwicklung eines neuen Bereichs sind eine wahnsinnige Herausforderung, aber es macht auch sehr viel Spaß. Als ich damals bei der Feuerwehr angefangen habe, hätte ich nicht gedacht, dass ich heute so etwas machen würde.

Hard Facts

Gewalt gegen Einsatzkräfte

Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) und die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) haben 2023 eine bundesweite Befragung zum Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte durchgeführt. Mehr als 6.500 aktive freiwillige Feuerwehrmitglieder haben rückgemeldet, welche Rolle Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen und tätliche Angriffe in den vergangenen zwei Jahren in ihrem Alltag spielten:

- **49,5 %** haben als aktives Mitglied der Feuerwehr in den vergangenen zwei Jahren Gewalt erlebt. Beschimpfungen und Beleidigungen machen mit 90 % den größten Anteil der Gewalt aus.
- **36 %** erlebten Einschüchterung und Bedrohung mit Worten sowie Gesten.
- **16 %** gaben an, in sozialen Netzwerken beleidigt oder beschimpft worden zu sein.

- **66 %** haben Erfahrungen mit Verweigerungen, Widersetzen oder fehlender Kooperation im Rahmen von Einsätzen gemacht.
- **78 %** erlebten Gewalt beim Einsatz im Straßenverkehr. 35,9 % wurde das Anfahren mit Fahrzeugen angedroht.
- **89 %** waren bei ihrer zuletzt erlebten Situation Opfer von Einzeltäterinnen oder Einzeltätern.
- **78 %** meldeten den als am schlimmsten empfundenen Vorfall innerhalb der Feuerwehr, 38 % zeigten den Vorfall bei der Gemeinde oder Polizei an.

Quelle: Deutscher Feuerwehrverband und Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (Hrsg.) (2023): Umfrage 2023. Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen – Bundesweite Befragung zu Gewalt gegen Einsatzkräfte. https://www.dguv.de/medien/gewalt-angehen/dfv_dguv_umfrage_gewalt_gegen_einsatzkraefte_ergebnisse_in_ppt_231228.pdf // Kernaussagen: https://www.feuerwehrverband.de/app/uploads/2023/12/DFV-DGUV-Umfrage_zu_Gewalt_gegen_Einsatzkraefte_Kernaussagen_231228.pdf [01.08.2024].



Jobcenterberatung vor Ort

Das QuartiersBüro Rotthausen schafft neue Perspektiven

Projektteam

Seit dem Jahr 2018 verfolgen das Jobcenter Gelsenkirchen, die Agentur für Arbeit und die Stadt Gelsenkirchen sowie verschiedene Kooperationspartner im Stadtteil mit dem QuartiersBüro Rotthausen einen ganzheitlich neuen Ansatz. Das gemeinsame Ziel: Den Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils Rotthausen den Zugang zur Beschäftigung zu erleichtern und unter Berücksichtigung individueller Problemlagen eine nachhaltige Beschäftigungsperspektive zu eröffnen. Die angebotenen Dienstleistungen orientieren sich dabei an den Lebenslagen der Ratsuchenden und werden gemeinsam mit den Adressatinnen und Adressaten gestaltet.

Um die Integrations- und Teilhabekraft des QuartiersBüros (QB) sichtbar zu machen und damit Mechanismen zur Stärkung dieses Ansatzes entwickeln zu können, führte das Projektteam der BAPP im August 2022 qualitative Interviews mit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie sieben Kundinnen und Kunden des QuartiersBüros Rotthausen durch. Die Kundinnen und Kunden wurden durch die Jobcenter-Mitarbeitenden des QuartiersBüros auf das

Interview aufmerksam gemacht und stimmten der Befragung zu. Die aufgegriffenen Aspekte aus den Interviews wurden durch aktuelle Informationen des Teams des Jobcenters Gelsenkirchen zum gegenwärtigen Sachstand und zu den relevanten Strukturen und Akteuren ergänzt.

Die Aufgaben eines Jobcenters

Ein Jobcenter ist eine gemeinsame Einrichtung der Bundesagentur für Arbeit und eines kommunalen Trägers oder die Einrichtung eines zugelassenen Landkreises oder einer zugelassenen kreisfreien Stadt. Es ist unter anderem zuständig für die Arbeitsvermittlung, Qualifizierung und Grundsicherung für Arbeitsuchende (Bürgergeld) nach dem SGB II. Aufgabe der Jobcenter ist es, Leistungen nach dem SGB II zu gewähren und durch „das Fördern und Fordern“ den betroffenen Personen die Perspektive und die Möglichkeit zu eröffnen, ihren Lebensunterhalt künftig aus eigenen Mitteln und Kräften, langfristig und ohne weitere öffentliche Unterstützung zu bestreiten.

Die Ratsuchenden können online, persönlich oder über das Servicecenter Termine vereinbaren. Ein Termin ist auch für die

Abgabe der Unterlagen in der Eingangszone erforderlich, aus denen geprüft wird, ob ein Anspruch auf Bürgergeld besteht. Die telefonische Erreichbarkeit der Hotline ist aufgrund einer hohen Auslastung häufig eingeschränkt, sodass es zu langen Wartezeiten kommen kann. Abhilfe schafft hierbei eine „Online-Terminierung“.

Das QuartiersBüro Rotthausen

Im QuartiersBüro im Gelsenkirchener Stadtteil Rotthausen steht den Bewohnerinnen und Bewohnern ein breites Spektrum an Akteuren für die unterschiedlichsten Anliegen zur Verfügung. Das Jobcenter, die Agentur für Arbeit, das Stadtteilbüro der Stadt Gelsenkirchen und der Verein Rotthausener Netzwerk sind unter einem Dach vertreten. Das QuartiersBüro fungiert als gemeinsamer Begegnungsort zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie den oben genannten Akteuren. Hier wird den Menschen die Möglichkeit gegeben, sich unverbindlich und unbürokratisch beraten zu lassen. Insbesondere vom Jobcenter Gelsenkirchen wird das Ziel verfolgt, für ihre Kundinnen und Kunden eine zentrale Anlaufstelle im Stadtteil zu schaffen und ihnen eine individuelle Beratung in ihrer jeweiligen Lebenslage zu eröffnen. Dies wird durch einen besonders günstigen Betreuungsschlüssel von 1:100 sichergestellt, wobei die Beratungsmöglichkeit im Jobcenter Gelsenkirchen auch für Bürgerinnen und Bürger offensteht, die nicht im Leistungsbezug stehen.

Anke Schürmann-Rupp, Geschäftsführerin des Jobcenters Gelsenkirchen, unterstreicht, dass das QuartiersBüro eine wesentliche Verbesserung in der Kundenorientierung darstellt, da es den Klientinnen und Klienten ermöglicht, die Dienstleistungen dort in Anspruch zu nehmen, wo sie sich aufhalten. In der Konsequenz wird Rotthausen zu einem „arbeitsmarktpolitischen Dorf“, in dem die Verknüpfung

neuer Ansätze der Zielgruppenarbeit mit der Arbeit im Quartier erprobt werden. Zu diesem Zweck sind vier Mitarbeitende des Jobcenters vor Ort tätig. Die lebenslagenorientierte sowie ganzheitliche Betrachtung der individuellen Problemlagen der Ratsuchenden durch die Mitarbeitenden des QuartiersBüros ermöglicht eine Analyse der jeweiligen Situation. Auf dieser Grundlage können gemeinsam Schritte auf dem Weg in den Arbeitsmarkt entwickelt werden. Dazu stehen unter anderem spezielle Coaching-Projekte sowie Angebote mit aufsuchender Betreuung zu Verfügung.

Aufgaben der Mitarbeitenden

Die Mitarbeitenden im QuartiersBüro fungieren als persönliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Ihre Aufgabe ist nicht nur die Arbeitsvermittlung, sondern vor allem auch die Aufarbeitung und der Abbau von Hemmnissen. *Stärken stärken* ist eines der Leitmotive. Dies erfolgt sowohl durch eine intensive Beratung als auch durch die Einbindung in soziale (Hilfe-)Strukturen. Darüber hinaus werden Coaching-Angebote unterbreitet. Diese Maßnahmen gehen über die reine Vermittlungsarbeit hinaus und sind stets individuell und bewerberorientiert.

Ein weiteres Aufgabengebiet der Mitarbeitenden ist der Auf- und Ausbau des Netzwerks im Stadtteil sowie die Akquise neuer potenzieller Arbeitgeber, mit denen Bewerbungstage im Stadtteil veranstaltet werden, um Stellen passgenau mit Kundinnen und Kunden aus dem Quartier zu besetzen.

Durch den Betreuungsschlüssel von 1:100 ist im QuartiersBüro eine intensivere Betreuung möglich, das heißt die Zeit pro Ratsuchendem ist höher als im normalen Beratungsalltag eines Jobcenters. In der Regel beraten die Mitarbeitenden im QuartiersBüro mindestens sechs Per-

sonen pro Tag im Rahmen von individuell terminierten Beratungsgesprächen, wobei zusätzlich noch die vorab nicht terminierten Beratungsanliegen der Laufkundschaft bearbeitet werden.

Das QuartiersBüro steht den Ratsuchenden ab 8:00 Uhr morgens zur Verfügung und sie haben die Möglichkeit, das Büro mit oder ohne Termin zu besuchen. Zudem können die Besuchenden ihre jeweilige Beraterin oder ihren jeweiligen Berater über die bereitgestellte Telefonnummer kontaktieren.

Angebote und Beratung

Den Kundinnen und Kunden des Jobcenters wird aufgrund ihrer Wohnlage in Rotthausen die Möglichkeit gegeben, im QuartiersBüro betreut zu werden. Dafür werden sie aktiv angeschrieben und zu regelmäßig stattfindenden Terminen eingeladen. Die Einladungen erfolgen jedoch ohne Rechtsfolgenbelehrungen und das Erstgespräch stellt zunächst ein freiwilliges Angebot dar. Insgesamt wird ein ganzheitlicher Beratungsansatz verfolgt, der darauf abzielt, die Kundinnen und Kunden zielgerichtet und individuell zu beraten. Hierbei kommt vor allem der Lotsenfunktion der Beratenden eine besondere Bedeutung zu: Sie binden nicht nur die eigenen Spezialteams innerhalb des Jobcenters (z. B. die Weiterbildungs- und Qualifizierungsberatung, die Fallmanagement-Teams oder auch den Arbeitgeberservice im Rahmen der Bewerbungstage für Arbeitgeber) ein, sondern auch die Netzwerk- und Hilfestrukturen im Stadtteil Rotthausen und darüber hinaus.

Den Kundinnen und Kunden des Jobcenters werden des Weiteren Familien- und Schuldnerberatungen sowie persönliche Coachings und ABC-Messungen angeboten. Die Angebote des persönlichen Coachings sind ebenso vielfältig wie die Bedürfnisse der jeweiligen Personen. Unter anderem besteht die Möglichkeit, an einem Gesundheitscoaching – verknüpft mit einer Ernährungsberatung und einer externen psychologischen Sprechstunde – oder einem Sozialcoaching teilzunehmen.



Auch ohne die direkte Interaktion mit den Betreuenden steht den Kundinnen und Kunden eine Wand mit Stellenausschreibungen im Eingangs- und Wartebereich des QuartiersBüros zur Verfügung. Hier können sich die Interessierten informieren und eigenständig auf Ausschreibungen bewerben.

Erfahrungen der Ratsuchenden

Die Wahrnehmung des QuartiersBüros als Teil des Jobcenters und seiner Möglichkeiten und Angebote ist durchweg positiv. Es ist hervorzuheben, dass die Kundinnen und Kunden nicht nur regelmäßiger, sondern auch häufiger Termine mit ihren Beraterinnen und Beratern haben, als es in den „normalen“ Stammteams (mit einem Betreuungsschlüssel von durchschnittlich ca. 1:400) überhaupt möglich wäre. Bei dringenden Anliegen besteht nicht nur die Möglichkeit kurzfristig einen Termin zu erhalten, sondern auch ohne vorherige Terminvereinbarung vorzusprechen. Die zuständige Beraterin oder der zuständige Berater kann zudem direkt telefonisch kontaktiert werden.

Die persönliche Betreuungsatmosphäre wird von den Kundinnen und Kunden ebenfalls positiv bewertet. Da die Beratenden die Ratsuchenden über einen längeren Zeitraum und in einer intensiveren Kontaktdichte betreuen (monatliche Terminierung), als dies im Jobcenter üblich ist, erhalten sie einen umfassenderen Einblick in deren Lebensumstände. Dies erlaubt ihnen eine präzisere Einschätzung der jeweiligen Situation sowie der erforderlichen Maßnahmen. Den Kundinnen und Kunden werden sowohl eine direkte E-Mail-Adresse als auch eine direkte Durchwahl zur Verfügung gestellt. Die persönliche Ansprache fördert den Abbau von Anonymität und ermöglicht eine unkomplizierte, auf Augenhöhe stattfindende Kommunikation.

In Bezug auf die Wünsche, Ziele und Ideen der Kundinnen und Kunden ist es das Bestreben der Beratenden, gemeinsam mit ihnen nach einer Lösung zu suchen. Die Ablehnung von Vorschlägen seitens der Kundinnen und Kunden wird dabei akzeptiert. Ihnen steht eine Vielzahl von Optionen zur Verfügung. Sowohl die Inanspruchnahme von Fördermöglichkeiten als auch die Teilnahme an Umschulungen ist möglich, ebenso be-

steht die Option, direkt in das Berufsleben einzusteigen.

Das QuartiersBüro bietet ihnen die Möglichkeit, Unterlagen schnell vor Ort einzureichen und nicht den Weg zum Jobcenter auf sich nehmen zu müssen. Dies ist ein Angebot und muss nicht in Anspruch genommen werden. In der abschließenden Bewertung durch die Kundinnen und Kunden des QuartiersBüros wird deutlich, dass sie insbesondere die persönliche Betreuung und das Gefühl, als Mensch wahrgenommen zu werden, schätzen.

Erfahrungen der Mitarbeitenden

Der Betreuungsschlüssel im QuartiersBüro ist mit 1:100 bewusst niedrig angesetzt, um den Mitarbeitenden mehr Zeit für die individuellen Anliegen der Kundinnen und Kunden zu ermöglichen. Sie bewerten positiv, dass jeder Kundin und jedem Kunden mindestens ein Termin pro Monat angeboten wird. In der Regel stellt dies das Minimum dar, einige nutzen auch mehrere Termine pro Monat. Zudem besteht die Möglichkeit, die Termine an die



Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden anzupassen und Termine mit einer längeren Dauer zu vereinbaren, da nicht alle dieselbe Zeitspanne benötigen. Dies ermöglicht den Mitarbeitenden eine gewisse Flexibilität hinsichtlich der Terminvergabe.

Die Theke im Eingangsbereich ist durchgängig mit Personal besetzt. Sofern Kundinnen und Kunden nur eine Abgabe tätigen möchten, kann dies bereits an der Theke erfolgen, was die Mitarbeitenden entlastet. Auch bewerten die Mitarbeitenden den offenen Zugang während der Öffnungszeiten sowie die telefonisch einfache und schnelle Erreichbarkeit positiv. Die Anwesenheit eines Sicherheitsdienstes vor Ort ist nicht gegeben, was zu einer aufgelockerten Atmosphäre beiträgt.

Die Mitarbeitenden des QuartiersBüros betonen insbesondere die flexible und niedrigschwellige Zusammenarbeit als wesentlichen Aspekt ihrer Tätigkeit. Der niedrige Betreuungsschlüssel sowie der engmaschige Kontakt mit den Kundinnen und Kunden führen dazu, dass die Mitarbeitenden auch über deren Hintergrund informiert sind. Die Kommunikation erfolgt auf Augenhöhe. Den Menschen wird eine individuelle Beratung ermöglicht, die über die reine Nummernzuordnung hinausgeht. Sie erleben, dass ihre Angelegenheiten ernst genommen werden, was dazu führt, dass sie bereitwilliger und vor allem freiwillig die Informationen preisgeben, die für die Bearbeitung ihrer Anliegen erforderlich sind.

Die Mitarbeitenden stellen zudem fest, dass die Herausgabe der direkten Durchwahl den Kundinnen und Kunden nicht nur eine kurzfristige und direkte Kontaktmöglichkeit bietet, sondern auch eine Stärkung des Vertrauensverhältnisses mit sich bringt. Des Weiteren wird das Vertrauen durch die individuelle Anpassung der Angebote und Maßnahmen an die jeweilige Person gestärkt.

Der fehlende Behördencharakter des QuartiersBüros führt dazu, dass dieses weniger mit dem klassischen Jobcenter assoziiert wird, was das Vertrauensverhältnis zwischen Beratendem und Hilfesuchendem insgesamt stärkt: Die Mitarbeitenden werden eher als Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeiter wahrgenommen. Dies führt auch zu einer Verringerung der Hemmschwelle seitens der Kundinnen und Kunden, ihre Termine wahrzunehmen.

Das QuartiersBüro Rotthausen als Vorbild

Brennpunkt-Stadtteile eignen sich in der Regel besonders gut als Standort für QuartiersBüros. Das Beispiel in Gelsenkirchen zeigt, dass das Angebot an einem Ort mit einer hohen Arbeitslosen- und Langzeitarbeitslosenquote sehr gut angenommen wird.

Der Aufbau des QuartiersBüros an mehreren Standorten und in verschiedenen Städten erfordert jedoch nicht nur eine deutliche personelle Aufstockung der Betreuerinnen und Betreuer, sondern auch die Einstellung von spezialisiertem Personal, die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel sowie die Schaffung räumlicher Kapazitäten.

Die Kundinnen und Kunden äußern explizit den Wunsch, dass QuartiersBüros auch an anderen Standorten implementiert werden. Das QuartiersBüro Rotthausen kann dabei als Vorbild dienen und wertvolle Erfahrungen für den Aufbau und für die Praxis liefern.

Veranstaltungsimpressionen

**„Orte der Meinungsbildung?
Wissenschaft und Kultur zwischen
Polarisierung und Zusammenhalt“**
20. Dezember 2023



Bildung, Wissenschaft und Kultur

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Projektveranstaltungen war die Bedeutung von Wissenschaft, Wissensvermittlung und wissenschaftlicher Politikberatung für die gesellschaftliche Teilhabe und das Vertrauen in die Demokratie. Wie wichtig die Wissenschaft für eine objektive politische Diskussion und Entscheidungsfindung ist, kann dabei nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie liefert nicht nur fundierte Erkenntnisse, die als Grundlage für politische Entscheidungen dienen, sondern trägt auch dazu bei, gegenseitiges Verständnis zu fördern und Misstrauen abzubauen. Besonders in Zeiten der Desinformation ist es daher von entscheidender Bedeutung, dass es Institutionen gibt, die wissenschaftlich fundierte Ergebnisse liefern.

Ministerin Ina Brandes forderte in der Veranstaltung „Orte der Meinungsbildung? Wissenschaft und Kultur zwischen Polarisierung und Zusammenhalt“, allen gesellschaftlichen Gruppen den Zugang zu kulturellem und wissenschaftlichem Leben zu ermöglichen und die Entkopplung der Gesellschaft von Wissenschaft und Kultur zu verhindern. Auch Professor Volker Kronenberg appellierte dafür, den Vertrauensverlust der Gesellschaft in die Wissenschaft nicht zu unterschätzen. Die Pluralität der wissenschaftlichen Ansätze sei stets ein Erfolgsfaktor gewesen, während heutzutage oft auf wenige ausgewählte wissenschaftliche Ergebnisse gesetzt werde. Auch die Teilnehmenden formulierten ihre Forderungen: Die Wissenschaft müsse der Bevölkerung klarer und verständlicher vermitteln, was ihre Forschungsergebnisse bedeuten. Gleich-

zeitig müssen Politik und kulturelle Institutionen sicherstellen, dass Kultur für alle zugänglich und erlebbar wird. Diese Maßnahmen würden nicht nur das Vertrauen in die Wissenschaft stärken, sondern auch die gesellschaftliche Teilhabe insgesamt fördern.

Um diesen Forderungen nachzugehen ist eine genauere Betrachtung der wissenschaftlichen Politikberatung und der Interaktion zwischen Wissenschaft und Politik wichtig. Nicht zuletzt die Coronapandemie hat die Beziehung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft auf eine harte Probe gestellt. Viele Menschen fühlten sich von den wissenschaftlich empfohlenen Maßnahmen übergangen und ihr Vertrauen wurde erschüttert. In einer lebhaften Diskussion zum Thema „Meinung oder Wahrheit – verengt Expertentum den politischen Diskurs?“ nahmen Professor Hendrik Streeck und Professor Markus Gabriel die Rolle der wissenschaftlichen Politikberatung in den Blick. Professor Streeck betonte, dass die Trennlinien zwischen Politik und Wissenschaft ein entscheidender Faktor für das Verständnis von wissenschaftlich gestützter Politik seien. Transparenz bei öffentlichen Beratungsprozessen sei von hoher Bedeutung, um Vertrauen wieder zu erlangen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Es sei wichtig, dass eine Koexistenz zwischen Wissenschaft und Politik bestehe, denn die Wissenschaft darf die Politik nicht verengen, sondern kann und muss sie erweitern.



„Meinung oder Wahrheit –
verengt Expertentum den
politischen Diskurs?“
13. Mai 2024





**„Staatsinterventionen vs. Wettbewerb –
Anfänge der Sozialen Marktwirtschaft in
Deutschland und Herausforderungen der
Gegenwart“**

1. Juni 2023



„Kant und Bildung –
Drei Bonner Hochschulen“
9. April 2024



Engagement und Kommunalpolitik

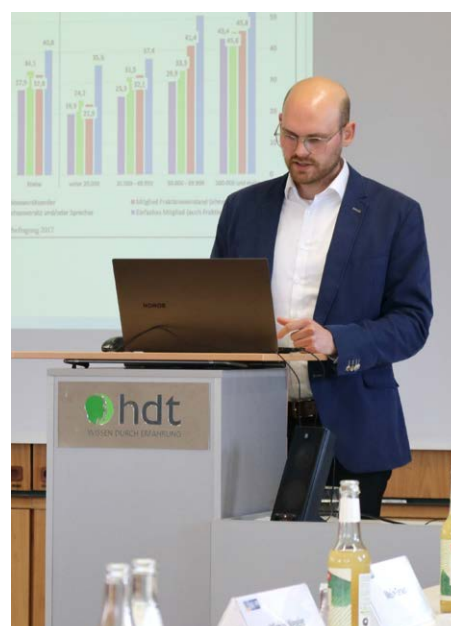
Neben großen Diskussionsveranstaltungen fanden im Rahmen des Projektes auch kleinere Workshopformate statt. Ziel war es, die Brücke zwischen Theorie und Praxis zu schlagen und Praktikerinnen und Praktiker mit Akteuren aus der Politik zusammenzubringen.

Der Workshop unter dem Titel „Ich bin Lokalpatriot“ wurde von Professor Volker Kronenberg eröffnet. Chris Rensing, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Bonn, sowie Priv.-Doz. Dr. Manuel Becker gaben im Anschluss daran einen Überblick über die aktuelle Studienlage zum kommunalen Ehrenamt. Darüber hinaus stellten sie die Ergebnisse einer durchgeführten Umfrage zur Attraktivität der Arbeit von Gemeinderäten vor. Diese theoretischen Impulse bildeten die Grundlage für die anschließende Diskussion mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern aus dem Ruhrgebiet. In der Diskussion wurde vor allem die unzureichende Digitalisierung der Kommunalpolitik beanstandet. Hinzu kommen die hohen Einstiegshürden in die Kommunalpolitik, die nicht zuletzt junge Menschen davon abhalten, sich zu engagieren. Und das, obwohl sich viele junge Menschen für Kommunalpolitik interessieren. Generell wurde kritisiert, dass durch die fehlende Digitalisierung der Arbeitsaufwand steigt, was zu Einschnitten im Privat- und Berufsleben führt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops kamen zu dem Schluss, dass es wichtig sei, Kinder- und Jugendparlamente stärker zu implementieren und der Kommunal- und Landespolitik im Bildungssystem einen höheren Stellenwert einzuräumen.

Ein zweiter Workshop diene dem intensiven Austausch mit Praktikerinnen und Praktikern aus der Landes- und Kommunalpolitik. Unter dem Titel „Zusammenhalt in Vielfalt“ trafen sich Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus dem Ruhrgebiet mit dem Landesvorsitzenden der Grünen NRW, Tim Achtermeyer, um mögliche Probleme zu erörtern, zu diskutieren und Lösungsansätze zu erarbeiten. Achtermeyer betonte die Wichtigkeit einer Debattenkultur für eine funktionierende Demokratie. Es dürfe aber nicht dazu kommen, dass diese Debatten zu Konflikten werden und sich die Konfliktparteien immer feindseliger gegenüberstehen. Auf der Grundlage des Impulses von Tim Achtermeyer diskutierten die Teilnehmenden des Workshops die drängendsten Probleme, die die Kommunalpolitik derzeit beschäftigen. Neben mangelndem Wissenstransfer und fehlender Fördermittelübersicht wurde der ausufernden Bürokratie eine besondere Rolle zugeschrieben. Durch die lebhaften Diskussionen wurden einige zielführende Lösungsansätze wie eine Projektdatenbank, eine längere Mindestlaufzeit und die simplere Antragsstellung herausgearbeitet. „Gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht Geld, Zeit und Nerven“, so lautete eine der vielen Schlussfolgerungen am Ende des Workshops.



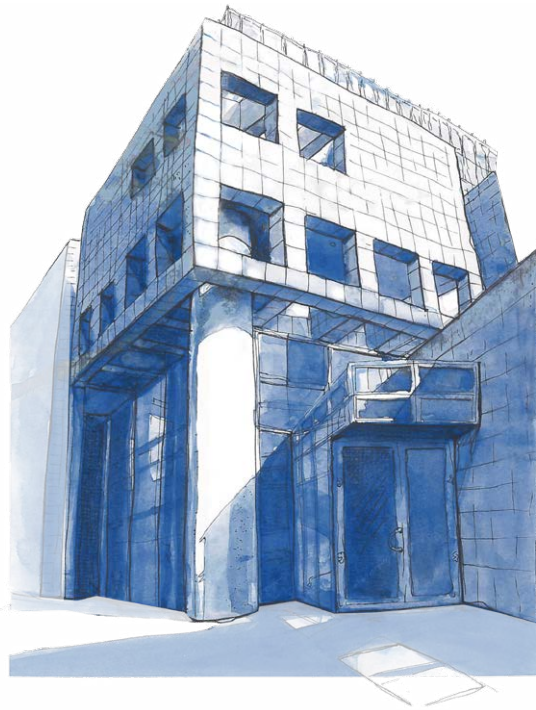
**Workshop „Ich bin Lokalpatriot!? –
Über ein Engagement in der Lokal-
politik und Bürgerbeteiligung“**
26. Mai 2023





Workshop: „Zusammenhalt in Vielfalt – Austausch zwischen Praktiker*innen und Politik“
18. Oktober 2023





Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihrer Präsidenten, Prof. Sigmar Gabriel und Armin Laschet MdB, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisiert die Bonner Akademie regelmäßig Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. Des Weiteren führt sie Bildungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlicht unterschiedliche Publikationsformate.



www.bapp-bonn.de



<https://x.com/BonnerAkademie>



https://www.instagram.com/bonner_akademie/



<https://www.linkedin.com/company/bappbonn/>





BROST_
AKADEMIE